

5. Die Oberschule / das Gymnasium Hechingen 1945 bis 2012: Wandel und Kontinuität

5.1 1945-1949: Schwieriger, von allgemeiner Not geprägter Neubeginn, Entnazifizierung, Anknüpfen an Strukturen und Bildungsziele des demokratischen Schulwesens vor 1933

1945

Das Jahr 1945 brachte für das Deutsche Reich die bedingungslose Kapitulation und den Verlust der staatlichen Souveränität, aber auch Frieden und die Befreiung von der totalitären NS-Herrschaft. Unzählige Heimatvertriebene, Flüchtlinge, ehemalige Zwangsarbeiter und Ausgebombte suchten ein Zuhause. Man stand vor den Trümmern zerstörter Stadtviertel und den Ruinen zerstörter Industrieanlagen, man trauerte um die im Krieg Gefallenen und die zahllosen zivilen Toten sowie die Opfer des NS-Terrors im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten. Viele waren sprachlos und erschüttert. Exemplarisch sei der jüngste Sohn des 1931 verstorbenen Hechinger Studienrats Widmaier zitiert: „Als Student . . . lernte ich Kommilitonen kennen, denen ein Bein oder eine Hand oder ein Lungenflügel fehlte.“ (Wolfgang Widmaier 2012, S. 24).

In Hechingen war der Krieg nach dem Abzug letzter Einheiten der Wehrmacht und führender Parteifunktionäre mit dem Einzug französischer Truppen am 22. April zu Ende gegangen. Zuvor hatte die Wehrmacht zahlreiche Straßen- und Eisenbahnbrücken gesprengt (Rolf Vogt 2006: Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die frühe Besatzungszeit in Hechingen, S. 219). Die Bahn fuhr nicht mehr und die Post, die Gerichte und die Schulen blieben vorerst geschlossen (Hans Speidel 1985, S. 246). Requisitionen, Besatzungskosten und Reparationen belasteten das Verhältnis zwischen der französischen Besatzungsmacht und der deutschen Bevölkerung; andererseits berichteten im Kreis Hechingen viele Zeitzeugen auch von einem „großen Verständnis“ des französischen Kreisgouverneurs Colonel Henri Brochu „für die Anliegen und Sorgen der Kreisbevölkerung“ (H. Speidel 1985, S. 251). Der Unterricht an der Oberschule konnte erst am 1. Oktober wieder aufgenommen werden. Für die schulpflichtigen Kinder ging fast ein halbes Jahr unterrichtsloser Zeit zu Ende, in der viele Kinder ihren Eltern bzw. Bauern tatkräftig bei Gartenarbeiten, bei der Ährenlese, beim Beerensammeln und bei der Feldarbeit geholfen hatten (Annegret Lamey 2004, S. 150-151).

In einer handschriftlichen Liste hat die Schulleitung (SchA, Ordner C III 16, 5/1945) die Namen von 18 gefallenen Schülern der Abiturjahrgänge 1934/35 bis 1943/44 festgehalten. Mit zwei weiteren im Ehrenbuch der Stadt Hechingen erfassten Abiturienten (Jahrgang 1924 bzw. 1925), den 1943 bzw. 1945 gefallenen Lehrern Friedrich Müller und Werner Köttgen und dem 1941 gefallenen Hausmeister G. Hüther erhöhte sich die Zahl der Gefallenen auf 23. Ein Lehrer galt seit dem 21.1. 1943 als bei Stalingrad vermisst (Liste vom 7.10.1947, in: Ordner C I, 1). Die vorläufige Liste von 1945 bzw. 1947 wurde später leider nicht ergänzt. Wie hart der Krieg viele Jahrgänge traf, zeigt

exemplarisch der Abiturjahrgang 1939. Von den dreizehn Abiturienten fielen fünf, fast alle an der Ostfront in Russland.

Die französische Militärverwaltung setzte am 16. Oktober 1945 Carlo Schmid (SPD) als Präsident des „Staatssekretariats“ (der provisorischen Regierung) des Besatzungsgebietes Württemberg-Hohenzollern ein. Er war in Personalunion auch für die Bereiche Justiz sowie Kultur, Erziehung und Kunst verantwortlich. Das Staatssekretariat übernahm zunächst legislative und exekutive Funktionen. Jede Weisung und Personalentscheidung bedurfte jedoch der Genehmigung der französischen Besatzungsmacht. Nach einem großen Wahlerfolg der CDU in Württemberg-Hohenzollern im Herbst 1946 besetzte Carlo Schmid die Stelle des Landesdirektors für Kultur, Erziehung und Kunst mit dem früheren Zentrums-Abgeordneten, dem damaligen Ravensburger CDU-Oberbürgermeister Dr. Albert Sauer.

Auf Anordnung der Militärregierung wurden im August 1945 alle Lehrer entlassen, die Mitglieder der NSDAP oder Leiter und Vertrauensleute von NS-Verbänden gewesen waren. Da durch diese Maßnahme nur noch jeder vierte Lehrer zur Verfügung gestanden hätte, entschloss sich die franz. Militärregierung zu einem Kompromiss. Die bloße Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation sollte in der Regel kein Hinderungsgrund für eine Weiterbeschäftigung auf Probe ohne Beamtenstatus sein (Gerd Friedrich Nüske 1982, S. 294). Jeder Einzelfall sollte geprüft werden, „ob sich der Beamte geistig und praktisch der Partei verschrieben hat und ob er . . . aus einer gewissen Zwangslage“ der NSDAP beigetreten sei (Klaus-Dietmar Henke 1981, S. 25; siehe auch das Schreiben des „Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns“ / Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst an die Oberschule Hechingen vom 21.3.1947, in: SchA, Ordner A II, 11).

Ab dem 1. Oktober konnte die Oberschule den Unterricht nach und nach wieder aufnehmen. Um eine Klasse herauszugreifen: Die 4 b startete in der ersten Woche mit dem Französisch-, Religions- und Lateinunterricht, in der zweiten kam Mathematik und Zeichnen dazu (Klassenbuch der Jahre 1944/45/46 der 4b). Richtlinien, Studentafeln und Stoffpläne lagen noch nicht vor. Voraussetzung für die Erziehung der Jugend sei „**die Überwindung des Geistes des vergangenen Regimes**“, erklärte der zum neuen **Schulleiter** ernannte OStD **Dr. Josef Fischer** auf der ersten Lehrerkonferenz am 10. November 1945. Die Klassen eins bis drei waren in der kath. Volksschule / Schlossbergschule und die Klassen vier bis acht in der evangelischen Volksschule in der Neustraße 4 untergebracht, denn das alte Oberschulgebäude in der Heiligkreuzstraße nutzten bis Herbst 1947 französische Kolonialtruppen, eine KFZ-Instandsetzungs-Abteilung und schließlich Teile eines Artillerieregiments (Schwäbisches Tagblatt 27.7.1948; Roger Courtois 1999, S. 346).

Staatsrat Carlo Schmid, Landesdirektor für Kult, Erziehung und Kunst im Staatsekretariat von Südwürttemberg und Hohenzollern, erließ am 25. Oktober 1945 die vom Délegué Supérieur pour

le Gouvernement Militaire de Wurtemberg genehmigten „**Richtlinien für die Wiederaufnahme des Unterrichts**“ an den Oberschulen für Jungen und Oberschulen für Mädchen. Carlo Schmid verwies darin auf die Bedeutung einer „neuen inneren Haltung“ der Lehrkräfte und auf die äußere und innere Überwindung des Nationalsozialismus, denn es müsse „**eine neue Gesinnung** in die Herzen der irregeleiteten und vielfach aus Zucht und Ordnung geratenen Jugend gepflanzt werden“. Als Anlage folgten Stundentafeln und Stoffpläne. Das Fach **Religion** wurde nun wieder zweistündig in allen Klassen unterrichtet und die Stundenzahl für das Fach Leibeserziehung durchgehend auf zwei Stunden herabgesetzt. Französisch wurde für die „Jungenoberschule“ erste Fremdsprache (SchA, Ordner F I, 1). Da unter der totalitären NS-Diktatur im Fach **Biologie** ein menschenverachtender Sozialdarwinismus und die rassistische NS-Ideologie propagiert worden war, wies der verantwortliche „Minister“ Carlo Schmid ausdrücklich auf die neuen Grundlagen und Bildungsziele des **Faches Biologie** hin, insbesondere auf die Bedeutung des „ehrfürchtigen Verstehens“ und auf das „Moralgesetz“, das in jedem Lebewesen ein „zweckerfülltes Individuum“ sieht sowie auf folgende Position: „Die echte Wissenschaft kennt keine einseitig auf die Biologie sich gründende Weltanschauung, lehnt Lehren ab, die auf „Blut und Boden“ oder Rassendünkel sich stützen. Jede Anspielung auf eine solche Rassenkunde ist strengstens verboten.“ (SchA, Ordner F I, 1, Richtlinien vom 25.10.1945, Anlage 1, S. 14) Im **Deutschunterricht** sollten in der 7. Klasse Lessing, Herder, Goethe und in der 8. Klasse **Goethe**, Hölderlin und ein Stück von Molière gelesen werden und „die Lektüre des 19. und 20. Jahrhunderts (sollte) in bezeichneten Proben und vor allem Gedichtvorträgen, den Literaturunterricht der ganzen Oberstufe begleiten.“ Es folge ein **ausführlicher „Leseplan“** für die Klassen 1 bis 5; für die fünfte Klasse zum Beispiel „Urvaters Hausrat“ von Adalbert Stifter, „Schöne Bäume“ von Gottfried Keller, „Ein Wolf“ von Hermann Hesse, „Der Tod des Sokrates“ von **Platon**, „Friede auf Erden“ (drei Weihnachtserzählungen) des evangelischen Pfarrers und Heimatdichters Adolf Schmitthenner (1854-1907), „Die Märzrevolution in Berlin“ von Karl Schurz und 15 weitere Titel, z. B. für Klasse 8 die Schrift „Doppel-Heerschau“ und die „Friedenspredigt an Deutschland“ von 1808 von **Jean Paul** und die „Belagerung von Mainz“ und die „Campagne in Frankreich“ (1792) von **Goethe** (Ordner F I, 1, Richtlinien vom 25.10.1945, Anlage 2, S. 3-5: vgl. „greifbare“ Ganzschriften, Protokoll der LK 2. 7. 1946).

Nachdem die französische Militärregierung schon im Juni angeordnet hatte, alle Bücher und Bilder zu sammeln, die die NS-Ideologie verherrlichen oder verharmlosen, wurden am 3. Juli der Militärregierung in Hechingen 51 Zentner übergeben (Rolf Vogt 2006, S. 233). Für die Schulen ordneten die Militärverwaltung und der Präsidenten von Hohenzollern Clemens Moser die **Säuberung** der Lehrer-, Schülerbücherei und **Schülerhilfsbüchereien** von „anti-alliierten Werken“ sowie von militaristischem und nationalsozialistischem „Material“ an. An der Oberschule nahm die Säuberung der Büchereien durch den Direktor und die Lehrer einige Monate in Anspruch. Dem Landratsamt wurden bis Februar 1946 zur Weiterleitung an die Papierindustrie ca. 330 Bücher abgegeben. Gesäubert wurden dabei auch die privaten Bestände, sogar die Hefte der Schüler (Protokoll der LK

23.11. 1945 und 13.2. 1946; Ordner A II, 11, Schreiben vom 1.2. und 11.3. 1946; Wilhelm Foth 2005, S. 97: „Vertreter der Militärregierung durchsuchten (in Balingen) immer wieder überraschend Taschen und Ranzen der Schüler“ nach . . . Schulbüchern.“).

Die französische Besatzungsmacht war bestrebt, sich beim Aufbau eines demokratischen Staats- und Schulwesens auf politisch gering Belastete und auf Unbelastete zu stützen. So wurden in Hechingen Studienrat **Dr. Karl Kuhn** zum neuen Schulrat und der 1933 wegen seiner Aktivitäten für die kath. Zentrumspartei aus dem Schuldienst entlassene Studienrat **Clemens Moser** Anfang Mai vorübergehend zum kommissarischen Landrat des Kreises Hechingen ernannt. Ab September 1945 gehörte er als Landesdirektor für Arbeit dem „Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns“ in Tübingen an, ab Dezember als Staatssekretär für Arbeit der provisorischen Regierung von Württemberg-Hohenzollern. Moser zählte auch zu den Mitbegründern der CDU in Württemberg-Hohenzollern. Sein Nachfolger im Landratsamt war bis Mitte 1946 der ehemalige unbelastete Studienrat **Dr. Peter Remark** (LA 21, 1970; S. 38-40).

Mit einem politischen Amt wurde ein weiterer Lehrer der Oberschule im November 1945 betraut. Der Landrat des Kreises Hechingen ernannte den Studienrat **Heinrich Faßbender** zum Kommissar für das Flüchtlingswesen, einer Ein-Mann-Behörde, die erst im Sommer 1946 mit Personal versehen wurde (Andrea Kühne 1999, S. 75-76).

Zum neuen Schulleiter der Oberschule wurde der aus Steinhofen stammende pensionierte Studienrat und Geistliche **Dr. Josef Fischer** ernannt. 1935 war er aus politischen Gründen vom Studiendirektor zum Studienrat zurückgestuft, versetzt und 1942 aus dem Schuldienst entlassen worden, worauf er zu seiner Schwester nach Hechingen auf den Lindich zog. Er war durch seine Vergangenheit politisch nicht belastet und zudem ein gebürtiger Hohenzoller (LA 27, 1977, S. 20-21). Bei seiner Amtseinführung am 29. Oktober versicherte er nach dem festlichen Gottesdienst in der Stiftskirche dem französischen Gouverneur des Kreises Colonel Henri Brochu (1945-1947) in seiner Begrüßungsrede auf Französisch und Deutsch: „Wir werden uns bemühen, tätigen Anteil an dem Wiederaufbau eines wahrhaft demokratischen Staates zu nehmen, und wir hoffen, dieses Ziel dadurch zu erreichen, dass wir unsere Schüler zu einer **wahren christlichen und demokratischen Gesinnung** erziehen.“ Als Vertreter des Tübinger Staatssekretariats sprach Clemens Moser. Er sprach über die neuen Aufgaben von Staat und Bildungswesen und nannte als Bildungsziele ausdrücklich den **Aufbau eines demokratischen Staates, die Ausrottung der Irrtümer des Nationalsozialismus** und die Pflege „der wahren Menschlichkeit und Tüchtigkeit“. In der folgenden Rede sprach Dr. Fischer die „traurige Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus“ an: die Millionen von Toten, den volkswirtschaftliche Schaden, den Militarismus und „die neuheidnische Weltanschauung“. Fischer bezeichnete als neue Aufgabe der Schule, „die Jugend zu der Erkenntnis zu führen, dass nicht Militarismus der Weg zu neuem Aufstieg sei, sondern die Pflege der inneren und menschlichen Werte“. Als Fundament von Erziehung und Bildung bezeichnete er die **Ehrfurcht vor Gott, dem Mitmenschen, der Menschenwürde und der Autorität** in Familie, Schule,

Kirche und Staat, unter Bezugnahme auf die beiden Dichter Goethe und Stifter. „Auf dem Gedanken der Menschenwürde ruht alle Demokratie, . . . im Gegensatz zur Vergewaltigung der Minoritäten im System der Diktatur“, formulierte er treffend (Nachrichtenblatt für den Kreis Hechingen Nr. 15. 2. November 1945, S. 1-2).

In der Anfangsphase entfernte die französische Militärverwaltung bis Oktober 1945 zwar die größten schwarzen Schafe des NS-Regimes aus der Wirtschaft und Verwaltung und aus dem Schulwesen, durchdachte Richtlinien für erfolgreiche **Entnazifizierungsverfahren** lagen jedoch nicht vor. Die Folge war eine sehr uneinheitliche Umsetzung in den einzelnen Landkreisen. Richtlinien für eine zweistufige Säuberung der öffentlichen Verwaltung erließ die Militärregierung erst am 19. Oktober 1945. Auf Kreisebene sollten danach **Kreis-Untersuchungsausschüsse** aus fünf unbelasteten politischen, konfessionellen und gewerkschaftlichen Vertretern gebildet werden. Sie hatten die Fragebögen zu überprüfen, weitere Ermittlungen vorzunehmen und gegebenenfalls Vorschläge für Sanktionsmaßnahmen vorzulegen. Die zweite Ebene bildeten **Säuberungskommissionen** bei der jeweiligen Landesdirektion (Abteilungen der Landesregierung) in Tübingen. Sie traten erstmals am 18. Februar 1946 zusammen. Der von allen Parteien gebildete politische Säuberungsrat, der für eine Vereinheitlichung der Verfahren und Strafen sorgen sollte, tagte erstmals am 6. April 1946. Durch die neue Rechtsanordnung vom 28. Mai 1946 wurde das Säuberungsverfahren zu einem reinen Verwaltungsverfahren; als oberste Instanz fungierte ein knappes Jahr der Staatskommissar für die politische Säuberung. Am 25. **April 1947** wurde auf Anordnung der franz. Militärregierung gemäß der Kontrollratsdirektive Nr. 38 ein neues Verfahren, das „**Spruchkammer-Verfahren**“, eingeführt. Der Sitz des Staatskommissariats für politische Säuberung wurde von Reutlingen nach Tübingen verlegt (Margarete Steinhart 1991, S. 250-252; Rolf Vogt 2006, S. 234; siehe auch Findbuch zum Bestand Wü 13 T 1/Einführung. Staatsarchiv Sigmaringen). Danach sollte eine unabhängige Spruchkammer, besetzt mit einem Richter und Beisitzern aus Parteien, Gewerkschaftlern und Berufsvertretern, über die Sühnemaßnahme entscheiden (Hans Speidel 1985, S. 268). Die Problematik der Entnazifizierung brachte der von der Besatzungsmacht eingesetzte Balinger Bürgermeister und Landrat Robert Wahl wie folgt auf den Punkt: Man könne „nicht ein Gebäude in einem Tag abbrechen und wiederaufbauen“ (Margarete Steinhart 1991, S. 254; Landesarchiv Baden-Württemberg Findbuch Wü 13 T 2, <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/einfueh.php?bestand=593> ; eingesehen am 10.8.2017).

Im Vergleich zu den in der amerikanischen, englischen und russischen Besatzungszonen praktizierten Entnazifizierungsmaßnahmen schneiden die von der französischen Besatzungsmacht anfangs initiierten pragmatischen Maßnahmen positiv ab, denn das über ein Jahr in Südwürttemberg und Hohenzollern unter der Leitung von Carlo Schmid praktizierte Säuberungsverfahren „war frei von dem überzogenen Schematismus unterschiedsloser Disqualifizierung der Betroffenen nach Maßgabe ausgetüftelter Proskriptionslisten, mit dem die amerikanische Besatzungsmacht (z. B. in Nordwürttemberg) die politische Säuberung anfangs ohne deutsche Beteiligung durchführte“

(Klaus-Dietmar Henke 1981, S. 7; vgl. Jörg Stark 2011, S. 8). Hatten 1945/46 große Teile der Bevölkerung eine politische Säuberung für notwendig gehalten und hatten Parteien und Gewerkschaften in den Kreisuntersuchungsausschüssen mitgearbeitet, so kippte die Stimmung im Herbst 1946. Die Sanktions-Praxis zwischen den einzelnen Kreisen und zwischen den drei französischen Besatzungsgebieten wies erhebliche Differenzen auf und es kam zu „groben Fehlurteilen“. Die Verfahren gegen „kleine Fische“ wurden vorgezogen und „große Nazis“ wurden „aus Gründen der Unabkömmlichkeit“ nicht hart angefasst. Viele Menschen waren auch unfähig bzw. unwillig, einen Zusammenhang zwischen den nationalsozialistischen Verbrechen, der Niederlage, dem demokratischen Neubeginn und der Notwendigkeit einer politischen Säuberung zu sehen. „Die Härten der französischen Besatzungspolitik taten ein Übriges, um auch die Entnazifizierung als ungerecht und (als) Schikane der Franzosen zu empfinden.“ (Edgar Wolfrum 1993, S. 99)

Der erste Eintrag im Diensttagebuch der Oberschule betraf die von der französischen Besatzungsmacht ausgesprochene Suspendierungen bzw. Entlassungen von politisch belasteten Lehrern der Hechinger Oberschule. Um eine qualifizierte Unterrichtsversorgung zu gewährleisten, setzte sich der Schulleiter beim Staatssekretariat in Tübingen, bei der Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Unterricht in Tübingen und bei der französischen Besatzungsmacht für die Wiederzulassung von suspendierten, wenig belasteten Lehrkräften mit Erfolg ein. Am 1. Oktober durften sechs Lehrkräften den Unterricht für 143 Schüler und 109 Schülerinnen wieder aufnehmen. Die **Schülerzahl** stieg bis Dezember auf **332**, die Zahl der Lehrkräfte auf elf. Erstmals unterrichteten **zwei Studienassessorinnen** (SchA, C III 16, Überblick über die Lehrkräfte von Oktober bis Dezember 1945; Die Lichte Au 27, 1977, S. 21; Rolf Vogt 2006, S. 238). Alle Schüler waren probeweise in die nächste Klasse aufgerückt. Jungen und Mädchen wurden ohne Aufnahmeprüfung in die 1. Klasse (heutige 5. Klasse) aufgenommen. Die Probezeit betrug drei Monate (Protokoll der LK 10.11. 1945). Schulleiter Dr. Fischer versuchte vergeblich, die Freigabe des beschlagnahmten Schulgebäudes zu erreichen.

Der Neustart der Oberschule bedeutete trotz des Bruchs mit der NS-Vergangenheit keinen Start beim Nullpunkt, denn nun waren wieder Bildungsziele und pädagogische Haltungen der Zeit vor 1933 gefragt. Die nationalsozialistische Ideologie wurde von der Besatzungsmacht nicht nur aus der Öffentlichkeit, den Amtsräumen und Klassenzimmern verbannt, verständlicherweise folgte außer der Säuberung der Büchereien auch eine der Hefte der Schüler. Einige Maßnahmen setzte die Besatzungsmacht sofort durch. Erdkunde- und **Geschichtsunterricht** blieben **vorerst verboten** (Klassenbücher 1945/ 46). **Französisch** wurde für alle Schüler der Klassen 1 bis 5 Pflichtfach und löste damit Englisch als **erste Fremdsprache** ab. Französisch wurde in den ersten vier Klassen jeweils sechs Stunden pro Woche unterrichtet. StR Anton Emter konnte schon 1946 einen freiwilligen jahrelang sehr geschätzten Sport- und Spielverein gründen (LA 1, 1958).

Lehrermangel herrschte aus vielerlei Gründen: Lehrer waren im Krieg gefallen, vermisst, in Kriegsgefangenschaft, wegen politischer Belastung vom Dienst suspendiert oder an eine andere

Schule strafversetzt. Von den zwölf Lehrern an der Hechinger Oberschule im April 1945 waren acht Lehrer Mitglied in der NSDAP gewesen (SchA, Ordner C 4, Schreiben des Schulleiters an das gouvernement militaire in Hechingen vom 25.3.1949, betr. Entnazifizierung). Von diesen acht belasteten Lehrern hat bis 1949 nur einer den Beamtenstatus nicht wiedererlangt. Nach und nach änderte sich die Zusammensetzung des Kollegiums. 1947 waren von 14 Lehrern und Lehrerinnen acht keine Mitglieder in der NSDAP gewesen (SchA, Anlage zu Tgb. Nr. 66/1947, Ordner A II). Um einen ungestörten Neubeginn des demokratischen Schulwesens nicht zu gefährden, ließ die französische Militärregierung durch das „Kultusministerium“ Tübingen am 20. Dezember 1945 anordnen, ehemalige Führungskräfte der HJ und des BDM (ab Gefolgschaftsführer bzw. Jungmädelsgruppenführerin) und ehemalige Angehörige nationalsozialistischer höherer Parteischulen wie z. B. der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten vom Schulbesuch vorerst grundsätzlich auszuschließen. Mit einer Erklärung zu politischer Abstinenz und der Verpflichtung zu loyalen Verhalten konnten diese Schüler jedoch bei der Militärregierung ihres Kreises um eine Ausnahmegewilligung nachsuchen (Ordner E 1, Schreiben der Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst in Tübingen an alle höheren Schulen vom 20.12. 1945).

Der Oberschule wurden im Spätherbst 1945 die beiden Studienassessorinnen **Maria Remark** und **Auguste Speidel** zugewiesen. Beide waren der NSDAP nicht beigetreten und 1947 aus dem Spruchkammerverfahren als „unbelastet“ hervorgegangen (Schreiben des Schulleiters Dr. Fischer an das Kultusministerium vom 18. Juli 1949, SchA C I, 1). Maria Remark war die Tochter des in Hechingen nicht unbekanntes **Dr. Peter Remark**, der von 1911 bis 1917 als junger Lehrer am Reformrealgymnasium unterrichtet und dem man damals den Vorsitz des Kleintierzüchtervereins angetragen hatte. Vor 1933 war er in der kath. Zentrumspartei aktiv gewesen und hatte sich nach seiner Entfernung aus dem Schuldienst in Owingen niedergelassen. Zu seiner Überraschung ernannte ihn die französische Militärregierung im Juni 1945 zum Landrat des Kreises Hechingen. Seine Tochter Maria war 1943 mit ihren Schülerinnen und Schülern von Duisburg-Hamborn in das von alliierten Luftangriffen weniger bedrohte Ellwangen evakuiert worden (Maria Remark 1999, S. 64 ff.). Ein vergleichbares Schicksal hatte den im September 1943 nach Hechingen versetzten **Stud.-Ass. Karl Bayer** getroffen. Er hatte bei einem schweren Luftangriff auf Wuppertal am 30. Mai 1943 Hab und Gut verloren und war dem Tod nur knapp entkommen. Anschließend hatte er seine evakuierten Schüler einige Monate in Gera in Thüringen zu unterrichten (LA 1961, Heft 6, S. 15-16 und 1972, Heft 23, S. 22-23; 75 Jahre Gymnasium Hechingen 1984, S. 152-153). Auch den am 1. Mai 1939 von der Lessingschule in Düsseldorf an die Oberschule in Hechingen versetzten **Stud.-Ass. Dr. Felix Sauer** warf der Krieg hart aus seiner aussichtsreichen beruflichen Bahn. Schon am 1. September 1939 wurde er zur Luftwaffe einberufen und erhielt eine Pilotenausbildung. Als Flugzeugführer erhielt er das Eiserne Kreuz erster Klasse und die Frontkampfspange in Gold. Als im Mai 1942 bei Malta abgeschossen wurde, trieb er in einem kleinen Schlauchboot auf See umher, bis ihn am achten Tag ein italienisches Torpedoboot rettete. Nach einem längeren

Lazarettaufenthalt kam er wieder zum fliegerischen Einsatz, bis er im März 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet. Erst nach zwei Jahren konnte er von seiner Kriegsbeschädigung halbwegs genesen an die Oberschule in Hechingen wieder zurückkehren und übernahm in fast allen Klassen den Unterricht in Biologie und Chemie. Dies stellte eine große Herausforderung dar, da die alten Lehrmittelsammlungen weitgehend verschwunden waren, die Schüler große Wissenslücken aufwiesen, Lehrer und Schüler an Mangelernährung litten und die häuslichen Arbeitsräume wegen fehlendem Heizmaterial im Winter ungeheizt blieben. (Verabschiedung von Studiendirektor Dr. Felix Sauer, in: Mitteilungen des Gymnasiums Zitadelle in Jülich Nr. 9 1975, S.16-17; [http://www.gymnasium-zitadelle.de/wp-content/pdf/jahresschriften// Die%20Zitadelle%20%28Nr.%2009%20-%201975%29.pdf](http://www.gymnasium-zitadelle.de/wp-content/pdf/jahresschriften//%20Die%20Zitadelle%20%28Nr.%2009%20-%201975%29.pdf); abgerufen 19.11. 2018; HHB, Na 1001, XXV, Fotos von seiner Rettung und Bericht).

Der ehemalige Oberschulamtspräsident Prof. Hans Pitsch beurteilte in seinen Thesen zur Schullage in Baden-Württemberg die Lehrergeneration in den Nachkriegsjahren wie folgt: „ **Die Verdienste einer Lehrergeneration**, die noch nationalsozialistische Herrschaft und Zusammenbruch von 1945 persönlich erfahren und aus der Tradition der pädagogischen Reformbewegung vor 1933 vorbildlich am Wiederaufbau des Schulwesens mitgewirkt hat, können nicht hoch genug eingeschätzt werden.“ (Hans Pitsch: Bildungspolitische Zielsetzungen Band 1, S. 67; vgl. JB 1953/54)

Aus der Sicht des französischen **Kreisgouverneurs Roger Courtois** (August 1947 bis Ende August 1950) waren die von den örtlichen deutschen Untersuchungs- und Säuberungsausschüssen dem Staatskommissar vorgeschlagenen Entnazifizierungsmaßnahmen verhältnismäßig mild (Roger Courtois 1999, S. 340; Hans Speidel 1985, S. 255-269); deshalb setzte er sich oft für Verschärfungen ein. Im Juli 1947 erhielt der Schulleiter der Oberschule Hechingen von der Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst Tübingen ein Schreiben des Staatssekretariats für die politische Säuberung, in dem er aufgefordert wurde, für den Hechinger Kreisuntersuchungsausschuss zwei geeignete Beisitzer vorzuschlagen. Anfang Oktober teilte Dr. Fischer mit, dass er die Studienräte Hans Freund und Dr. Sauer und als Stellvertreter StR Anton Emter und Stud.-Ass. Karl Bayer vorschlagen könne, die nicht Mitglied der NSDAP gewesen seien (Ordner A II, 11, Schreiben der Landesdirektion für Kultus an die Oberschule vom 24. Juli und Antwortschreiben vom 11.10. 1947).

Als Grundlage für die Entnazifizierungsmaßnahmen auf Kreis- und Landesebene dienten die vierseitigen **zweisprachigen Fragebogen** vom Herbst 1945. Sie betrafen die Mitgliedschaft, den Eintrittszeitpunkt und die Funktionen in der NSDAP und ihren 32 Unterorganisationen. Zur Entlastung konnten „Gutachten“ eingereicht werden, z. B. Zeugenaussagen unbelasteter Personen, z. B. von Pfarrern oder Richtern, Stoffverteilungspläne usw. (siehe SchA, Personalakte Liebetanz und Dr. Gradl, den der Ortsgruppenleiter der NSDAP Paul Weidle bei einem „Jugendappell“ angegriffen und für „fallreif“ erklärt hatte.).

Manche der seit April 1947 in Tübingen durchgeführten **Spruchkammerverfahren** zogen sich über ein Jahr hin, bevor Sühnemaßnahmen bestätigt oder revidiert wurden. Ein Hechinger Lehrer war z. B. 1947 für mehrere Monate ohne Bezüge entlassen, 1948 jedoch wiedereingestellt worden (SchA, A 2 Schreiben vom 31.7.1947). Von den 13 vor Beginn der militärischen Besetzung 1945 beschäftigten Lehrern an der Oberschule Hechingen waren fünf nicht in die NSDAP eingetreten; von den „Parteigenossen“ wurden acht als „Mitläufer“ eingestuft (SchA, Schreiben des Schulleiters Dr. Fischer an das gouvernement militaire du Wurtemberg in Hechingen vom 15.6. und vom 18.7. 1949, SchA, C I, 1; vgl. Kepler-Gymnasium Tübingen 2010, S. 48-50). Am 18. Juli 1949 teilte OStD Dr. Fischer dem Kultministerium Tübingen den folgenden Stand der Entnazifizierung der 16 Lehrkräfte mit: Als „unbelastet“ waren aus den Spruchkammerverfahren der Schulleiter Dr. Fischer und eine heimatvertriebene Studienrätin hervorgegangen, zwei erhielten den Bescheid „ohne Maßnahmen“, acht den Bescheid „Mitläufer ohne Maßnahmen“ und vier trafen unterschiedlich harte Strafen (Ordner C I, 1). Bis 1948 wurden folgende **Sanktionen** verhängt: Sieben Lehrer wurden ein bis vier Jahre um zwei bis vier Dienstaltersstufen zurückgestuft, ein Lehrer erhielt eine zweijährige Beförderungssperre, ein Oberstudienrat war für fünf Jahre ohne Bezüge entlassen, am 15. Januar 1948 aber als Studienrat wiedereingestellt worden (SchA, Ordner A III, Liste der an der Oberschule beschäftigten Lehrer vom 31.7. 1947, betr. Säuberungssanktionen; Monatsbericht vom 30.4.1948). Deutlich härtere Sanktionsmaßnahmen trafen den 1946 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten ehemaligen Schulleiter **OStD Dr. Johann August Schmitt (1931-1945)**, der zunächst nicht in den Schuldienst übernommen wurde. Am 12. Februar 1948 war ihm aufgrund der Entscheidung der Spruchkammer IX für politische Säuberung die politische Wählbarkeit und das Recht, einer politischen Partei anzugehören, auf die Dauer von drei Jahren aberkannt worden (SchA, Ordner C 4, Schreiben der Staatlichen Oberschule Hechingen an das Kultministerium vom 18.7.1948, betr. Stand der Entnazifizierung). Zum Abschluss kam sein Spruchkammerverfahren aber erst Ende 1949. Seiner Personalakte ist u. a. zu entnehmen: Von 1927 bis April 1933 war er Mitglied der demokratischen Zentrumspartei, von Oktober 1933 bis 1938 in der SA- Reserve und seit 1937 Mitglied in der NSDAP. Er habe sich allen Kollegen gegenüber loyal verhalten und sich 1929 mit der Schrift „Im Kampf um den Frieden: für deutsch-französische Verständigung“ deutlich gegen die Nazis abgegrenzt. Auf Grund von offenbar neu vorgetragenen Beweismitteln und einer Neubewertung seiner Tätigkeit und seines Verhaltens von 1933-1945 korrigierte die Spruchkammer II des Staatskommissariats für die politische Säuberung des Landes Württemberg-Hohenzollern am 20.12.1949 rechtskräftig die folgenden vom Staatskommissariat Reutlingen am 13.11. 1947 ausgesprochenen Sühnemaßnahmen: „(Gehaltsstufe) 11b, 11c auf drei Jahre, Belassung als Studienrat unter Zurückstufung um 4 Stufen, kann nicht Schulleiter werden“. Dr. Schmitt wurde 1949 abschließend nur noch als „Mitläufer“ eingestuft (SchA, Personalakt J. A. Schmitt, beglaubigte Kopie des (SchA, Personalakt J. A. Schmitt, beglaubigte Kopie des Spruchkammerentscheides

vom 20.12. 1949, Az.: 6/RB/71; JB 1948/49; vgl. Annegret Lamey 2004, S. 145-149, betr. Landgerichtspräsident Wilhelm Holzhäuer).

GOVERNEMENT MILITAIRE EN ALLEMAGNE
FRAGEBOGEN — QUESTIONNAIRE

BEANTWORTEN Sie, Instruktion von Maximal 20 Fragen.
bigen in Deutsch und Französisch verfaßt. In Zweifels-
fällen ist der französische Text maßgebend, jede Frage
muß so beantwortet werden, wie sie gestellt ist. Unter-
lassung der Beantwortung, nachlässige oder unvollständige
Angaben werden wegen Verantwortlichkeit gegen militärische
Verordnungen gerichtlich verfolgt. Falls auch Bema-
nung ist, sind weitere Fragen anzufügen.

A. PERSONAL

Name: ...
Geburtsdatum: ...
Geburtsort: ...
Dienstort: ...
Dienstzeit: ...

B. MITGLIEDERSCHAFT IN DER NSDAP
1. Waren Sie jemals ein Mitglied der NSDAP?
2. Datum der Aufnahme: ...
3. Haben Sie jemals eine der folgenden Stellungen in der NSDAP bekleidet?
4. BEZUGSLEITER, oder Beamter in einer Stelle, die einem Parteibeamten entspricht? Ja ...
5. CAHLETTIER, oder Parteibeamter innerhalb eines Landes? Ja ...
6. ERZIEHLER, oder Parteibeamter innerhalb eines Kreises? Ja ...
7. GRUPPENFÜHRER, oder Parteibeamter innerhalb einer Ortsgruppe? Ja ...
8. Ein Beamter in der NSDAP? Ja ...
9. Waren Sie Mitglied des KORBES DER POLITISCHEN FÜHRER? Ja ...
10. Waren Sie ein Leiter oder Teilnehmer in irgend einem anderen Partei- oder Parteibeamtenverbande und betriebl. Organisationen der NSDAP? Ja ...
11. Können Sie irgendwelche öffentlichen Veranstaltungen, die irgend eine der oben angegebenen Stellen bekleidet haben? Ja ...

Erste Seite des Fragebogens/ "questionnaire" zur Entnazifizierung, hrsg. vom Gouvernement Militaire en Allemagne in Baden-Baden vom Herbst 1945 (SchA, Personalakten)

Folgende Entwicklungen erklären die veränderte Handhabung der politischen Säuberung ab etwa 1948: der zunehmende Abstand von den Schreckensjahren des Dritten Reiches, die Verrechtlichung der Kriterien für die Urteilsfindung der Spruchkammern, die sich zuspitzende Ost-West-Konfrontation und der „Sog des westlichen Integrationsprozesses“. Dabei waren nicht wenige Urteile immer wieder „eine Zumutung für elementares Gerechtigkeitsempfinden“ und ein Affront gegenüber „Entlasteten“ und NS-Verfolgten (Klaus-Dietmar Henke 1981, S. 198). Andererseits fühlten sich Beamte im Vergleich zu Freiberuflern in der Wirtschaft oft benachteiligt, da diese mit einer meist deutlich niedrigeren Pauschalsumme und nicht mit einer Gehaltsrückstufung bestraft wurden (SchA, A II, Monatsbericht für die Militärverwaltung vom 31.1.1948).

In den beiden ersten Nachkriegsjahren mangelte es nicht nur an unbelasteten Lehrern, sondern auch an Lehrmitteln, Schulbüchern, Heften, Stifte, Büchern und Heizmaterial. Unterrichtet zu werden und Unterricht zu erteilen waren eine mühsame Angelegenheit (Wilhelm Foth 2005, S. 97,

betr. Balingen). Anfang 1946 fehlte wegen strenger Kälte ausreichend Heizmaterial, so dass der Unterricht drei Wochen ausfallen musste. Ein Blick auf den Schulalltag in weithin zerstörten Städten zeigt, dass dort die Not oft sehr groß war. So berichtet eine Schülerin der Oberschule für Mädchen in **Osnabrück**: „Die Fenster des Klassenraumes, durch Bomben zerstört, waren mit Brettern zugenagelt. Nur eine winzige Scheibe ließ das trübe Januarlicht hinein. . . Nirgends gab es einen auch nur einigermaßen warmen Raum. Wir waren immer hungrig und die tägliche Schulspeisung der UNRA war der lang ersehnte Höhepunkt jedes Schulalltags. . . Wir schrieben auf alten Kalenderzetteln.“ (Eva Heemann 1998, in: Jubiläumsschrift - 150 Jahre Gymnasium „In der Wüste“ 1848-1998)

Im Mai 1946 schrieb Dr. Fischer im ersten Monatsbericht an die französische Militärregierung: „An Büchern sind nur fremdsprachliche vom Staatssekretariat in Tübingen genehmigte Lesehefte vorhanden, alle übrigen Bücher fehlen.“ (Ordner A III, 12.5.1946). **Lehren und Lernen** war unter diesen Umständen für alle **eine große Herausforderung**. In der Lehrerkonferenz am 2. Juli 1946 konnte Dr. Fischer immerhin mitteilen, dass folgende Bücher aus dem Lehrmittelverlag Offenburg zugelassen wurden: für Französisch das dreibändige Lehrwerk „**Lehrbuch der französischen Sprache**“ von Louis Marchand, für Deutsch und Latein verschiedene Ganzschriften sowie für Geschichte das Lehrwerk „Geschichte des Altertums“ von Gottfried Frey. Das Französisch-Lehrbuch wurde im September 1946 angeschafft (Protokoll der LK 2.7.1946; Ordner A III, Monatsbericht vom 7.1. 1947; siehe auch Stefan Zauner 1994, S. 80). Besonders der 3. Band war ein Schaufenster der französischen Kultur. „Frankreich wurde hier anziehend, vorteilhaft und zugleich als Land der Dichter, Denker und Wissenschaftler – wie Deutschland – vorgestellt. Allerdings wurde dieser „Nimbus der Grande Nation“ von den französischen Autoren übertrieben“, so dass diese Tendenz nicht zu übersehen war (Karina Günther: Rayonnement Culturel 2011, S. 280). Da für Geschichte **nur der Band Altertum** vorlag, durfte nur diese Epoche behandelt werden. Ab dem Schuljahr 1947/48 kam der Zeitraum bis 1890 hinzu, die 60 Jahre **bis 1950 erst ab dem Schuljahr 1949/50** (Protokoll der LK vom 2.7.1946, 1.9.1949 und 26.4.1951; Ordner F I, 3, Erlasse vom 13.11.1947, vom 17.9. 1948 und 13.12.1949; Ordner F 7, Anordnung des Kultministeriums von Württemberg-Hohenzollern 6.8. 1946 und 4.9. 1947). Einige der eigens für die französische Besatzungszone gedruckten Schulbücher stießen jedoch nicht nur an den Schulen auf heftige Kritik. Davon betroffen waren vor allem der "geographische und historische Weltatlas" und das "Deutsche Lesebuch" (Band 3). Selbst Schülern fiel auf, dass sie im Atlas keine Deutschlandkarte, nicht einmal alle vier Besatzungszonen vorfanden. Lehrer nahmen erstaunt zur Kenntnis, dass das Buch für Staatsbürgerkunde "Beiträge zur Völkerverständigung" von H. Werneke vor allem französische Texte aus der Zeit vor 1914 wiedergab und platte Vorurteile transportierte (Jérôme Vaillant: Bildungspolitik und öffentliche Meinung, in: Franz Knipping und Jacques Le Ridder: Französische Kulturpolitik in Deutschland. Tübingen 1987, S. 151-156). Die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit war dadurch erschwert. Die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit war dadurch verzögert und er-

schwert. Andererseits bot die Schulverwaltung bereits ab Januar 1946 zahlreiche zum Teil einwöchige Fortbildungskurse für Französisch, Geschichte und Biologie an, die von Lehrern der Schule dankbar angenommen wurden (SchA, Ordner C III, Berichte an die Militärregierung vom 12.5. und 4.10. 1946). Junge französische **Assistenten bzw. Assistentinnen** bereicherten von 1946 bis 1960 den Französischunterricht, nicht nur in Hechingen (Ordner C I, 3; Ordner C III, 1946, 1948).

Das **Ansteigen der Schülerzahlen** von 332 (1. Dezember 1945) auf 433 (1. September 1948) hatte verschiedene Ursachen: die Rückkehr von Wehrmattsangehörigen, erste Flüchtlinge bzw. Heimatvertriebene aus dem deutschen Osten und aus dem donauschwäbischen Siedlungsgebiet und die hohe Neuaufnahmequote in die erste Klasse.

1946

In einem Schreiben vom 20. Februar 1946 wies die Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst (Tübingen) die höheren und berufsbildenden Schulen darauf hin, dass die Schüler monatlich einmal zu unterrichten seien, dass die Besatzungsmacht beim Hissen und Einholen ihrer Flaggen an öffentlichen Plätzen und Gebäuden Respekt erwarte, „indem sie (die Schüler) stehen bleiben, Front zur Flagge nehmen und gegebenenfalls die Kopfbedeckung abnehmen“ (SchA Ordner A III). Schülern und Lehrern war damals bewusst, dass diese Anordnung bitterernst zu nehmen ist (Siehe Annegret Lamey 2004, S. 155 und Wolfgang Widmaier 2012, S. 304-305; vgl. LA 10, 1963, S. 41). Verhaftete die Polizei der französischen Besatzungsmacht doch im April 1946 in Biberach und Umgebung überraschend zahlreiche Jugendliche, teilweise auch Schüler und Pfadfinder. Sie wurden verdächtigt den „**Werwölfen**“, einer nazistischen Widerstandsbewegung, anzugehören, was sich als reine Fiktion erweisen sollte. Waffen und Munition versteckt zu haben, gestanden nicht wenige ein, meist jedoch während brutaler Folterungen. Für viele folgten Gerichtsverhandlungen mit harten Strafen. In Biberach kam es zu 37 Verurteilungen, zum Teil mit langen Haftstrafen. Die meisten wurden jedoch im Herbst 1947 entlassen (Reinhold Adler: Nachkriegsschicksale in Biberacher Lagern Das Lager Birkendorf und die „Stecknadelaktion“ der französischen Besatzungsmacht 1946, 2014). Auch in Balingen waren drei Schüler verhaftet worden. Sie kehrten jedoch nach einigen Wochen Haft im Tübinger Schloss bzw. Landgerichtsgefängnis „wohlbehalten“ nach Hause zurück (Wilhelm Foth 2005, S. 97). Hechingen scheint verschont geblieben zu sein.

Im Jahr 1946 fand zum letzten Mal die Reifeprüfung bereits für die Schüler und Schülerinnen der achten Klasse statt. Die Prüfung für die sechs „Kriegsabiturienten“ wurde auf den Ostertermin vorgezogen. Mit elf Schülerinnen und 19 Schülern gab es 1946 einen ungewöhnlich großen Abiturjahrgang. In den folgenden drei Jahren traten deutlich weniger als zwanzig zur Reifeprüfung an. Vor allem der Jahrgang 1947 war noch von den Folgen der letzten Kriegsjahre geprägt, nachzulesen in ausführlichen Lebensläufen der zehn Abiturienten. Sie berichten über ihren unterschiedlich langen meist belastenden Dienst als Flakhelfer, im Reichsarbeitsdienst und/oder in der Wehrmacht sowie von einer meist kurzen Kriegsgefangenschaft. Einer der sechs Kriegsteilnehmer schrieb in

seinem am 19. Februar 1946 eingereichten Lebenslauf über seine bedrückenden Erlebnisse in den beiden letzten Jahren: „Erleichtert atmete ich auf, als ich am 3.12. 44 vom Tyrannenlager des RAD (Reichsarbeitsdienst) entlassen wurde. Nach kurzem Urlaub erreichte mich am 18.12.44 der Stellungsbefehl zur Luftwaffe nach Berlin. Schweren Herzens musste ich kurz vor Weihnachten vom Elternhaus wieder Abschied nehmen, denn jetzt hieß es, eine noch bitterere Pille schlucken. Das Unglück des irreführten und betrogenen deutschen Volkes war inzwischen maßlos geworden . . . Die immer näher rückende Front ließ auch uns noch zu jungen Kämpfern werden, und so erlebte auch ich während 4-monatiger Frontdienstzeit die Schrecken des Krieges. Als das „1000-jährige Reich“ in Stücke zerbrach, landeten wir Soldaten in englischer Gefangenschaft. In sechsmonatiger Gefangenschaft musste ich um das Schicksal meiner Angehörigen bangend die Folgen des verlorenen Krieges tragen. . . Am 10.10.1945 kehrte ich in die Heimat zurück. Ich entschloss mich, sofort wieder zur Schule zu gehen.“ (SchA, Ordner Reifeprüfung 1946, Lebenslauf von H.; vgl. das Schicksal des Essener Gymnasiasten Edmund Ranke, in: Uta Ranke-Heinemann 2007, http://www.meinhard.privat.t-online.de/frauen/bdm_keller_im_hause_meines_vaters.html)

Auch der Abiturient und „**Kriegsveteran**“ **Friedrich Beutter** schilderte 1946 seine Erlebnisse nachdenklich und kritisch. Er kam aus einem intakten katholischen Milieu und hatte als Ministrant an der Stiftskirche eine enge Bindung zur katholischen Kirche entwickelt. Seine Erlebnisse von 1943 bis Anfang 1946 hatten ihn in seiner Distanz zu totalitären Ideologien bestärkt. 1943 war er ohne Reifeprüfung zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zur Wehrmacht eingezogen worden, in Südfrankreich in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten und in den amerikanischen Staaten Tennessee und Alabama in Stacheldraht-Camps interniert worden. Im Januar 1946 kehrte er völlig abgemagert nach Hechingen zurück. Die Abiturzeitung „Finale“ stellte ihn als „Methusalem der Klasse“ vor, der auf jedem Kleidungsstück ein „PW“ (prisoner of war) trug und mit dem man am besten eine Unterhaltung auf Englisch führte (Abiturzeitung „Finale“ zum Abitur der 8. Klasse am 6.7.1946, HHB K 912, X; Hans J. Münk: Gedächtnisansprache für Prof. Dr. Dr. Friedrich Jakob Beutter beim Requiem der Theologischen Fakultät Luzern am 6.10. 2010, in: http://www.unilu.ch/files/Beutter-_REQUIEM.pdf, eingesehen 20.8.2013).

Im Juli 1946 wurden die ersten Nachkriegs-Abiturienten mit einer feierlichen Schlussfeier im Museumssaal verabschiedet. Wie vor 1933 begann der letzte Schultag mit einem feierlichen Gottesdienst. Die Verabschiedung der Abiturienten umrahmten Deklamationen in französischer, englischer und deutscher Sprache. Die Feier war ein beredtes Zeugnis für einen gelungenen Neuanfang. Das Schwäbische Tagblatt sprach von „einem **neuen Geist der Oberschule**“. Schulleiter Dr. Fischer begrüßte drei hohe französische Gäste, einen Vertreter der franz. Militärregierung Tübingen sowie den Gouverneur des Kreises Colonel (Oberst) Brochu und Capitaine (Hauptmann) Schlaeder auf Französisch und dankte ihnen für ihr Wohlwollen. Der Abiturient Beutter hielt eine beeindruckende Rede. Sie schloss mit den Worten: „Ich lebe mein Leben in wachsen Ringen, die sich über die Dinge ziehen. Unvollendetes soll ergänzt, Fehlendes nachgeholt werden. Neues

Wissen erworben und neue Einsicht – **Einkehr und Umkehr** - aus unserer Heimkehr werden.“ (Schwäbisches Tagblatt Nr. 60, Ausgabe Hechingen, 30.7.1946; SchA, A III, Monatsbericht für die Militärverwaltung vom 31.7.1946. Die vollständige Rede von F. Beutter, in: Maria Remark: Meine Studienjahre in der Hitlerzeit. Jülich 1986. Neuauflage 19996, S. 99-102)

Die **Lage auf dem Ernährungssektor** war im Jahr 1946 „**niederschmetternd**“. Mitte 1946 lagen die offiziellen Normalrationen in der französischen Besatzungszone offiziell sogar nur bei 900 Kalorien und damit deutlich unter dem Existenzminimum von 1500 Kalorien (Edgar Wolfrum 1993, S. 99-100. In: Beiheft der Francia, hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris Bd. 27). Das folgende Jahr brachte keine Verbesserung. Die Lebensmittelversorgung blieb im Kreis Hechingen bis ins Jahr 1950 schwierig (Hans Speidel: Der Landkreis Hechingen 1945-1955, S. 258-259). In Bezug auf die Oberschule klagte im Juni 1947 OstD Dr. Fischer in einem Bericht an die französische Militärregierung: Die Ernährung gehe nicht nur mengenmäßig zurück, was die ständige Gewichtsabnahme nahelege, und wegen des Eiweiß-, Fett- und Fleischmangels „lässt auch die geistige Leistungsfähigkeit bedenklich nach“ (SchA, A III, Bericht vom 22.6.1946). Einem Interview mit dem ehemaligen Bundesminister Dr. Klaus Kinkel, der damals die Hechinger Oberschule/ das Gymnasium besucht hat, ist zu entnehmen, dass in den ersten Nachkriegsjahren selbst bürgerliche Familien der Oberschicht von Mangelernährung bedroht waren. Schildert er doch, wie sein Vater, der Facharzt war, bei seinen Hausbesuchen, zusätzlich eine Tasche mit sich führte, um Brot usw. zu sammeln. Mitte der 50er Jahre war seine Familie längst wieder so gut situiert, dass sie neben der



Abiturjahrgang 1946 mit Dr. Casaretto, Fritz Beutter oben links (SchA, Fotos)

Lokalzeitung die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und den „Rheinischen Merkur“ beziehen konnte, ein Angebot, das der junge Klaus Kinkel gern nutzte und sein Interesse für politische Fragen weckte (Klaus Kinkel im Gespräch mit Isabella Schmid. <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/.../klaus-kinkel-gespraech-100~attachment.pdf> (eingesehen 24.3.2019).

Manche Eltern benötigten die Hilfe ihrer Kinder für die Haus- und Gartenarbeit „restlos“, wie Dr. Fischer in seinem Monatsbericht klagte (SchA, Ordner C III, Monatsbericht an die Militärregierung 12.5.1946). Eigene Freizeitgestaltung fiel weitgehend unter den Tisch. Wegen **Kohlemangel** waren die Weihnachtsferien 1946/47 verlängert worden.

Die **Umerziehung der Jugend** sollte nach einem Erlass der Landesdirektion für Kultus in Tübingen „mit Behutsamkeit und Takt erfolgen“, vermerkte das Protokoll der LK vom 5. März 1946. Dazu gehörte auch, den Schülern Respekt vor den Symbolen der Besatzungsmacht zu vermitteln (SchA, C 2, 20.2. 1946). Die Urteile von Zeitzeugen über die Nachkriegsjugend fallen sehr unterschiedlich aus: So glaubte der französische „**Kreisgouverneur**“ **Roger Courtois** (1947-1950) bei den 15- bis 23-Jährigen rückblickend **Atheismus**, „**Mangel an Moral**“ und „fehlenden Glauben an die Entwicklung der Freiheit und Demokratie“ beobachtet zu haben. Schließlich klagte er verbittert, dass keiner diese Jugend, „die sich nur um die Machenschaften des **Schwarzmarktes**, um Sport, Tanz und Kino kümmert“, zu erziehen in der Lage sei (Roger Courtois 1999, S. 350). Dem franz. Kreisgouverneur von Balingen Jean Gonnet erschien die deutsche Jugend 1946 „desorientiert, unentschlossen und ohne Energie.“ (Blau-Weiß-Rot: Leben unter der Trikolore 1999, S. 189; vgl. das negative Urteil des franz. Kreisgouverneurs von Tuttlingen, in: Jean Lucien Estrade 1989, S. 135) Der Hechinger **Schulleiter Dr. Fischer** urteilte hingegen weniger rigoros und notierte im Sommer 1946: „Die charakterliche Haltung der Schüler und Schülerinnen zeigte eine beachtenswerte Höhe . . . **Aufgeschlossenheit für den demokratischen Gemeinschaftsgedanken und die Idee der Völkerverständigung** waren unverkennbar.“ (JB 1945/46, S. 3) In dem Bericht an die französische Militärverwaltung vom 8. Juli 1946 lobte der Schulleiter die katholischen Schüler dafür, dass sie fast geschlossen „an den kirchlichen Veranstaltungen (Prozessionen) an Christi Himmelfahrt, Fronleichnam (und) am Jugendtag“ teilnahmen.

Ein wohl treffenderes Bild in Bezug auf die politische Haltung und geistige Orientierung der Jugendlichen konnte sich der französische **Jugendoffizier Henri Humblot** (Tübingen) im November 1946 aufgrund einer an 12 000 Jugendlichen und Studenten vorgenommenen Untersuchung machen. Danach zählte etwa ein Fünftel der Jugendlichen zu den Unbelehrbaren, ein Zehntel bewegte sich im Fahrwasser des US-amerikanischen oder sowjetischen Einflusses und ein Fünftel war frankophil. **Die deutliche Mehrheit** der Jugendlichen sei **weder aktiv noch hasserfüllt**, verhalte sich abwartend und unentschlossen, drohe aber, sich den Unbelehrbaren anzunähern (Reinhold Adler: Nachkriegsschicksale in Biberacher Lagern Das Lager Birkendorf und die „Stecknadelaktion“ 2014, S. 72-73).

Kritisch äußerte sich dagegen Studienrat Dr. Hermann Casaretto (1884-1969) in zwei Monatsberichten an die Militärregierung vom 1. Februar und vom 30. September 1948: „Die moralische Verfassung der Schüler zeigt noch verheerende Einwirkungen des Krieges und der nationalsozialistischen Erziehungsmethoden.“ In dem Bericht vom 20. Dezember 1948 klagte er: „Die noch immer in weiten Kreisen der Bevölkerung vorhandene Unmoral in Handel und Wandel (Missachtung der

Ablieferungspflicht, Schwarzhandel, ungenügende Steuermoral) üben leider auch auf die Gesinnung der Schüler(innen) einen demoralisierenden Einfluss aus und veranlassen sie zu Täuschungen und Ähnlichem.“ (SchA, A III) Abschließend soll noch Schulleiter Dr. Fischer zur "Gesinnung der Schüler" - das Schuljahr 1948/49 betreffend - zu Wort kommen: "Nazistische oder nationalistische Tendenzen innerhalb der Schülerschaft haben sich nicht gezeigt." (A II, 10, JB 1948/49, an die franz. Militärregierung gerichtet, vom 1. Juli 1949)

Dem Lehrerkollegium stellte Schulleiter Dr. Fischer 1946 ein gutes Zeugnis aus. Im Monatsbericht an die franz. Militärregierung bedauerte er einerseits die miserablen Rahmenbedingungen (Schulräume, Schulbücher, Ernährungslage usw.), andererseits lobte er wörtlich „den **rastlosen Einsatz** seiner Kollegen bei ihrem Bemühen, die beklagenswerten Verwüstungen zu beseitigen, welche der Nationalsozialismus . . . in der geistigen Verfassung unserer Jugend zurückgelassen hat.“ (Ordner A III, Monatsbericht vom 31.7.1946) Seine eigene Position beschrieb er wie folgt: „**Die totale Ausmerz**ung jedes Restes nationalsozialistischen und militaristischen Geistes ist mir nicht nur Sache strengster Pflichterfüllung als Leiter der Oberschule, sondern auch **innerstes Anliegen** persönlicher Überzeugung.“ (SchA, A II, 11)

Die Klassenstärken schwankten zwischen 53 in der zweiten und 20 in der siebten Klasse. Ab dem Schuljahr 1946/47 gab es wieder eine neunte Klasse.

Bis in die 50er Jahre stellte niemand die Erhebung von **Schulgeld** in Frage (Diensttagebuch 22.3., 27.5., 3.6. und 23.9. 1946 sowie 10.6. 1947 und 2.8. 1948; Jahresberichte). Zahlreichen Schülern erließ die Schule wie früher das Schulgeld ganz oder zur Hälfte, z. B. im Schuljahr 1947/48 zwölf bzw. 34 Schülern (Protokoll der LK vom 13.11.1947). Die rechtliche Grundlage für die Erhebung des Schulgeldes waren preußische Gesetze von 1930, 1938 und 1939 und Bekanntmachungen der Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst in Tübingen über Schulgeld von Ausgewiesenen der Jahre 1946, 1947 und 1949. Erst ab 1. April 1954 wurde das Schulgeld in Hohenzollern an den württembergischen Hebesatz angepasst und damit um 30 % gesenkt (SchA, Ordner J 2, Verordnung der Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst vom 10.5.1946 und 8.4.1949 von Staatsrat Dr. Schmid und Schreiben des Regierungspräsidiums Württemberg-Hohenzollern vom 4. 3. 1954 und vom 13.4. 1954).

Da im März/April 1946 – abgesehen von der Sowjetunion - allein aus der Gefangenschaft der drei westlichen Alliierten über eine Million deutsche Soldaten noch nicht entlassen worden waren, ordnete die Unterrichtsverwaltung „**Groschensammlungen für den Kriegsgefangendienst**“ an. Die Sammlungen fanden viele Jahre monatlich statt (Protokolle der LK vom 24.9.1946, 29.1.1947, 30.3.1949, 8.4.1949 und 19.1.1950).

1947

Der Schulleiter gab in der Gesamtlehrerkonferenz die **Neugründung des Philologenverbandes** bekannt und betonte die Notwendigkeit dieser Organisation zur „Vertretung der Standesinteressen“

(Protokoll der LK vom 17. März 1947). Die Gründung des Gesamtverbandes der Lehrkräfte an Höheren Schulen für alle deutschen Länder, eines Vorläufers des Deutschen Philologenverbandes, erfolgte am 25. September 1947 in Bad Homburg (Bernhard Fluck 2003, S. 149).

Vom Juli 1947 bis Februar 1949 musste die Stadt auf Anweisung der Délégation Supérieure von Württemberg **im Cafe Röcker** am Marktplatz ein Dokumentationszentrum mit einer Bibliothek unterhalten. Der französische Unterrichtsoffizier Schlaeder von der Militärregierung in Tübingen richtete diese „**Lesestube**“ in Hechingen ein. In ihr konnten Interessierte deutsche und **französische Zeitschriften** und Bücher lesen, ausleihen bzw. kaufen und Lehrer „kleinere literarische Bändchen“ beziehen. Der ehemalige Kreisgouverneur Courtois erinnerte sich an einen anfangs „großen Erfolg“ (Roger Courtois 1999, S. 398 und 399 und Anmerkung 108; Protokoll der LK 21.1.1948). Auf Anregung der französischen Militärregierung in Baden-Baden wurden Zeitschriften unterschiedlicher Ausrichtung gegründet, gemeinsam war ihnen das Ziel der Verbreitung der französischen Kultur und der **Umerziehung** der Deutschen (Karina Günther 2011, S. 272-276). Alle Zeitschriften mussten eine Genehmigung der französischen Militärverwaltung vorweisen und standen unter Kontrolle der Direction de l'Education Publique in Baden-Baden. Größere Verbreitung erzielten u. a. folgende drei Zeitschriften: „**Das Goldene Tor**, Monatsschrift für Literatur und Kunst“, geprägt durch den 1933 in die Emigration getriebenen Arzt und Schriftsteller Alfred Döblin, die den Gaullisten nahestand Zeitschrift „**Die Quelle**“ und „**Lancelot**, der Bote aus Frankreich“, mit Sympathien für den Kommunismus. Ob diese Zeitschriften in der Hechinger Lesestube auslagen, muss offenbleiben (Karina Günther 2011, S. 272-273).

Die Schulen bekamen verbindliche Lehrpläne. Ein besonderes Gewicht behielt das Fach Französisch (Gerd Friederich 1991, S. 247). Die Direction de l' Education Publique der französischen Militärregierung in Baden-Baden schrieb für die Reifeprüfung ab Sommer 1947 folgende Neuerungen vor: die Einführung eines am französischen Baccalauréat/ Abitur orientierten **Zentralabiturs**, verschärfte Prüfungsverfahren, anonyme Korrektur, ein zwanzigstufiges Punktesystem und deutlich verschärfte Zugangsbedingungen für ein Universitätsstudium (Protokoll der LK 2.12.1947; Hans-Werner Fuchs 2004, S. 48-49; Gerd Friedrich Nüske 1982, S. 296; Stephan Zauner 1993, S. 360 und Stefan Zauner 1994, S. 99-107). Schulleiter Dr. Fischer setzte sich für Korrekturen an den überzogen strengen Abiturrichtlinien ein und verwies auf die „erheblich leichteren Bedingungen“ in den beiden anderen westlichen Besatzungszonen (SchA, Ordner A II, 10, Bericht an die Militärregierung vom 1.7.1949). Bei der Reifeprüfung im Sommer 1947 führten besonders die sehr schlechten Ergebnisse in Mathematik zu großer Unruhe und zu Klagen bei den betroffenen zehn Abiturienten und der einen Abiturientin, den Eltern und dem Mathematiklehrer. Klage führten sie darüber, dass das nach französischem Vorbild eingeführte Zentralabitur keine Rücksicht auf lokale Verhältnisse nehme. Einem ausführlichen Bericht des Mathematiklehrers sind folgende Argumente zu entnehmen: 32 Prozent der Unterrichtsstunden seien im laufenden Schuljahr bis 1. Juni ausgefallen, die elf Abiturienten hätten ihren Mathematikunterricht zusammen mit den 22 Schülern

der Klasse 8 erhalten und zu Schuljahresbeginn hätten viele verständlicherweise sehr große Lücken in abiturrelevanten Aufgabenfeldern, obwohl sie seit dem verkürzten Schuljahr 1945/46 „unverdrossen und meist mit großem Fleiß mitgearbeitet“ hätten. Hinzu käme, dass viele Schüler ehemalige Wehrmattsangehörige seien, die zum Teil unter ihren Verwundungen bzw. schweren „Nachkriegsschäden“ leiden würden (SchA, Reifeprüfung 1947, Bericht des Mathematiklehrers „Feststellung zur schriftlichen Reifeprüfung in Mathematik 1947“, ohne genaues Datum).

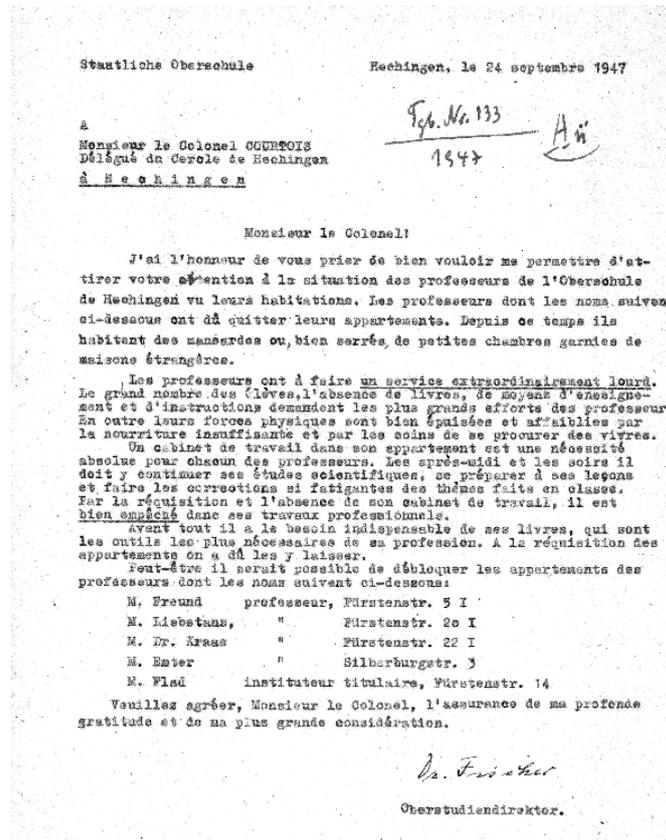
In den ersten Nachkriegsjahren berechnete das Reifezeugnis zur Aufnahme eines Hochschulstudiums nur, wenn ein recht anspruchsvoller Notendurchschnitt erreicht wurde. An der Oberschule Hechingen hatten im Juli 1947 zwar von den elf Abiturienten zehn die Prüfung bestanden, aber nur einer wurde zum Hochschulstudium zugelassen und von den 10 Abiturienten und sechs Abiturientinnen bestanden im Mai/Juli 1949 zwar alle die Reifeprüfung, darunter aber **nur sechs "mit Universitätsreife"**, d. h. mit 13 Punkte und mehr (A II, 10, Jahresbericht von 1946/47 und 1948/49).

Weitergehende Pläne der Alliierten Kontrollrats-Direktive 54 vom 25. Juni 1947 und der französischen Militärverwaltungen zum Umbau des deutschen Schulwesens scheiterten vor allem am Widerstand der Deutschen in Politik, Verwaltung und Kirche. So blieb das gegliederte deutsche Schulsystem in den Westzonen erhalten (Hans-Werner Fuchs 2004, S. 46 ff.; Stefan Zauner 1994, S. 101 und 107).

Am 2. Dezember 1947 vereidigte der Schulleiter die Lehrerinnen und Lehrer auf die neue Verfassung des Landes Württemberg-Hohenzollern (Protokoll der LK 2.12. 1947).

Die Schule beteiligte sich ab 1947 an der Vergabe des vom Volksbund für Dichtung (vormals Scheffelbund) vergebenen **Scheffelpreises** für die beste Abiturleistung im Fach Deutsch (E 18, 20.6.1947).

In einem Schreiben vom 24. September 1947 an den französischen Kreisgouverneur Courtois sprach Schulleiter Dr. Fischer die **hohen Belastungen der Lehrer** an. Er klagte, dass die Lehrer unter der Mangelernährung und fünf Kollegen unter der Beschlagnahme ihrer Wohnungen mitsamt ihrer für die Unterrichtsvorbereitung wichtigen Bibliotheken leiden würden und bat um Freigabe der Wohnungen (SchA, Ordner A II). Die Eröffnung einer „**Lesestube**“ (**Centre d'Information**) mit Stadtbücherei Anfang 1946 im Café Röcker, wo man bis 1949 deutsche und französische Bücher ausleihen und Zeitungen und Zeitschriften lesen konnte, war für Lehrer und Schüler wohl ein geschätztes Angebot (Blau-Weiß-Rot: Leben unter der Trikolore 1999, S. 399. Prägnant beschreibt auch ein Bericht der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1952 die bittere Not bei Schülern und Lehrern und den Mangel in den Klassenzimmern bis in das Jahr der Währungsreform 1948 (Albert Sauer 1952, S. 15-16).



Schreiben von OstD Dr. Fischer an den franz. Kreisgouverneur Courtois vom 24. September 1947, betr. Beschlagnahme der Wohnung und Bibliothek von fünf Lehrern (SchA, Ordner A II)

In den Lebensläufen des Hechinger Abiturjahrgangs 1947 berichten ehemalige Kriegsteilnehmer von psychischen und gesundheitlichen Belastungen in Folge des Einsatzes als Flakhelfer bei Großangriffen alliierter Flieger und in Folge schwerer Kriegsverletzungen und gefährlicher Einsätze beim Minenräumen und in Kohlengruben während der Gefangenschaft.

In den Nachkriegsjahren wurden die **Schüler monatlich gemessen und gewogen** (Protokolle der LK 24.9.1946, 29.1.1947, 8.4.1949 und 9.11. 1949). Bei vielen Kindern und Jugendlichen wurde Untergewicht festgestellt. Am Nikolaustag ließ Bürgermeister August Pretzl (1946-1948) sechs Zentner Äpfel und 286 Hanselmänner an die Oberschüler unter 15 Jahren verteilen (Protokoll der LK 2.12.1947).

Im Einverständnis mit dem Bischöflichen Ordinariat und dem Evangelischen Oberkirchenrat ordnete die Landesdirektion für Kult, Erziehung und Kunst 1947 an, „dass an allen Schulen die erste Stunde am Mittwochvormittag für **Schülergottesdienste** freigehalten wird.“ Die Teilnahme sei für Lehrer und Schüler freiwillig (Ordner F 6, 19.2.1947).

1948

Ab 25. Juni 1948 konnte das alte Schulgebäude von 1909 in der Heiligkreuzstraße endlich wieder genutzt werden (Schwäbisches Tagblatt 27. 7. 1948). Die naturwissenschaftlichen Sammlungen

waren jedoch weitgehend verloren gegangen (Ordner A III, Monatsbericht vom 12.5.1946). Auch die Turnhalle hatte die Schule bis etwa Ende Mai nicht nutzen können, da sie der Stadt bis dahin als Möbeldepot gedient hatte (Protokoll der LK 26.5.1948).

Die Schülerzahl der ersten vier Klassen war recht hoch, sie bewegte sich zwischen 39 und 62 Schülerinnen und Schülern.

Die Zusammensetzung der Lehrerkollegien hatte sich nicht nur durch Entnazifizierungsmaßnahmen, sondern auch durch die Anstellung von zwei **Heimatvertriebenen** 1947 bzw. 1948 verändert: durch den aus Oberschlesien stammende ehemalige StR Franz Schwab und durch die ehemalige Studienrätin Dr. Gertrud Hasselbaum. Bis 1945 hatte sie in Bischofsburg in ihrer ostpreußischen Heimat unterrichtet, nach der Flucht von 1945 bis 1947 in einem Flüchtlingslager in Dänemark gelebt und dort als Lehrerin Flüchtlingskinder von internierten Deutschen unterrichtet (Hintergrundmaterial in: Arne Gammelgaard: Ungeladene Gäste 1985). In Hechingen erhielt sie eine Stelle als Aushilfslehrerin, später als Studienrätin für Biologie, Chemie und Physik. Aus dem Spruchkammerverfahren ging sie mit einem „unbelastet“ hervor (SchA, Personalakten; LA 14, 1965, S. 15-16; Ordner C 1, Schreiben des OstD Dr. Fischer an das Kultusministeriums Tübingen vom 18. Juli 1949. Später an die Schule kam die aus Schlesien stammende Margarete Kuppe).

Die Beziehungen zwischen der französischen Militärregierung des Kreises und der Oberschule waren nach dem Urteil des Schulleiters Dr. Fischer von Anfang an von „Interesse und Wohlwollen“ geprägt. In dem Monatsbericht für die Militärverwaltung vom 27. Dezember 1947 bedankte er sich bei dem inzwischen nach Tübingen versetzten Kreisgouverneur Oberst Henri Brochu für die „**harmonische und verständnisvolle Zusammenarbeit**“. Mit diesem sehr positiven Urteil stand Dr. Fischer nicht allein. Auch der ehemalige Landrat Hans Speidel hat Brochu eine „korrekte und humane Amtsführung“ bestätigt (Hans Speidel 1995, S. 252). Ebenso bescheinigt Kreisarchivar Dr. Andreas Zekorn den Kreisgouverneuren von Hechingen Brochu und Courtois und dem Kreisgouverneur von Balingen Oberst Jean Gonnet trotz zahlreicher harter Entscheidungen „viel Verständnis“ für die Belange der deutschen Bevölkerung und führt diese „humanitäre“ Einstellung auf deren „tief verwurzelten **katholischen Glauben**“ zurück (Blau-Weiß-Rot: Leben unter der Trikolore 1999, S. 21).

Der im Oktober 1945 von Raymond Schmittlein, dem langjährigen Leiter der Abteilung für öffentliche Bildung (DEP) bei der französischen Militärregierung (G.M.Z.F.O.) in Baden-Baden, gegründete zentrale **Lehrmittelverlag Offenburg-Mainz** versorgte auch Hechingen mit Schulbüchern für Französisch, Geschichte und Erdkunde, nur für den Mathematikunterricht lieferte der Klett-Verlag aus dem in der amerikanischen Besatzungszone liegenden Stuttgart die nötigen Schulbücher (Ordner A III, Anhang zum Bericht vom 1.10.1948).

Die Unruhe bei Schülern und Lehrern wegen dem 1947 durch die französische Militärregierung in Baden-Baden eingeführten **Zentralabitur** mit einer mündlichen Prüfung durch schulfremde Lehrer

hielt an. Die Monatsberichte der Schule an die Militärregierung klagten vor allem darüber, dass die vorausgegangene schulische Leistung nicht berücksichtigt, die mündliche Prüfung von schulfremden Lehrern abgenommen werde und in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie die Lehrbücher fehlen. Auch sei die beabsichtigte strenge Auslese zu kritisieren (Ordner A III, Monatsberichte für die Militärverwaltung vom 20.8.1947, 31. 1., 1. 2. und 1.10.1948). Trotz gewisser Zugeständnisse waren die Lehrer mit den Durchführungsmodalitäten des mündlichen Abiturs auch in den folgenden Jahren sehr unzufrieden. Sie sprachen gar von der „diktatorischen Macht“ schulfremder Prüfer (Protokoll der LK vom 6.10. 1952).

Direktor Dr. Fischer empfahl den Lehrern, „auf dem Wege zur und von der Klasse **nicht zu rauchen**“ (Protokoll der LK vom 9.12.1948). Für die pauschalisierende Äußerung einer ehemaligen Schülerin, dass Prügel und Arrest in den ersten Nachkriegsjahren in den unteren Klassen „an der Tagesordnung“ gewesen seien, geben die Schulakten und Jahresberichten oder andere ehemaligen SchülerInnen keine Hinweise (Annegret Lamey 2004, S. 154-155). Klagen von Eltern oder Lehrern über Klassenstärken von 40 bis 60 SchülerInnen sind nicht vermerkt.

Der Empfehlung des Schulleiter Dr. Fischer, dem „**Verein (Verband) der Lehrer an höheren Schulen** in Württemberg und Hohenzollern“ beizutreten, folgten fast alle Lehrer (SchA, Ordner A III, Bericht an die Militärregierung vom 1.7.1949). Als Schulvertreter wurde OStR Dr. Schmitt, der zurückgestufte ehemalige Schulleiter, gewählt. Der Jahresbeitrag betrug 1949 sechs DM (Protokoll der LK 2.9.1948 und 6.5.1949; siehe auch 19.1.1950).

Ende des Jahres 1948 lagen endlich für alle Klassen neue Lehrpläne des Kultministeriums Tübingen vor (Ordner A III, Bericht für die franz. Unterrichtsverwaltung vom 20.12.1948).

5.2 Heimatvertriebene Kinder am Gymnasium Hechingen: Nach Flucht / Vertreibung erfolgreiche Integration durch Bildung

Der ehemalige Landrat Hans Speidel berichtet (Der Landkreis Hechingen 1945-1955, in: ZHG 21. Band, 1985, S. 261), dass die ersten deutschen Flüchtlinge in den beiden ersten Nachkriegsjahren fast immer Einzelpersonen oder Einzelfamilien gewesen seien. Da die französische Besatzungsmacht - im Gegensatz zur amerikanischen - vom 8. August 1946 bis 1947 ein absolutes **Zuzugsverbot** für jede größere Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen erlassen hatte, trafen in Hechingen erst **ab 1947 zahlreiche Transporte** bzw. Sonderzüge mit Heimatvertriebenen und Flüchtlingen ein (Hans Speidel 1985, S. 262). Studienrat Faßbender hatte von der franz. Militärregierung den Auftrag erhalten, zusammen mit der Vorsitzenden des Roten Kreuzes Luise Sträßle, unterstützt durch die Caritas und das Evangelische Hilfswerk, sich um die Unterbringung der Neubürger zu kümmern. Auch an der Oberschule stieg durch den Zuzug der Neubürger die Schülerzahl nach und nach an (Meinrad Schaab (Hrsg.) 1992, S. 226; vgl. den Altkreis Sigmaringen betreffend Willi Rößler 2011/12, S. 328 ff.; SchA A II, Monatsbericht für die Militärverwaltung vom 6.3.1947; die Lichte Au 16 1966, S. 31). Mit Zustimmung der französischen Besatzungsmacht ka-

men zwischen Juli 1947 und Februar 1949 vier große Flüchtlings-Transporte aus Lagern in Dänemark nach Württemberg-Hohenzollern, zum Beispiel in den Kreis Hechingen im Jahr 1947 244 Frauen, 163 Kinder und 89 Männer (Andrea Kühne 1999, S. 148-153). Im Vergleich zur amerikanischen und britischen Besatzungszone blieb der Anteil der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung in Württemberg-Hohenzollern aber sehr gering, bis Ende 1948 bei vergleichsweise bescheidenen 4,6 % Prozent. Während Ende 1949 18 % der Gesamtbevölkerung arbeitslos war, lag dieser Prozentsatz bei den „Neubürgern“ bei 33 % (Thomas Schnabel & Harald Schneider 1991, S. 115 und 123). Erst mit dem Ende 1949 geschlossenen Abkommen, das eine gerechtere interzonale und interregionale Verteilung der Flüchtlinge, Heimatvertriebenen und Ostzonenflüchtlingen zwischen den westlichen Bundesländern vorsah, kamen deutlich mehr Neubürger in die französische Besatzungszone, vor allem aus Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Für die Kreise Hechingen, Sigmaringen, Tübingen und Horb erfolgte die Verteilung dieser Menschen durch die **Kreisdurchgangslager Weiher und Lindich**. Im Kreis Hechingen stieg die Einwohnerzahl bis Mitte der 50er Jahre vor allem durch den Zuzug von rund **8000 deutschen „Neubürgern“** deutlich an, so dass schließlich **jeder fünfte Einwohner ein „Neubürger“** war (Hans Speidel 1985, S. 263).

Die ersten größeren Gruppen von **Donauschwaben** kamen im Kreis Hechingen 1949 und 1950 an (J. Meng et al. 1972, S. 57). Es waren vor allem Frauen und Kinder (Andrea Kühne: Entstehung, Aufbau und Funktion der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945-1952. Sigmaringen 1999, S. 11, S. 148, S. 153 ff.). Viele Heimatvertriebene, mehrheitlich Frauen und Kinder, deren Männer bzw. Väter gefallen oder vermisst waren, wurden ab 1947 vorübergehend in dem früheren Hachinger Arbeitsdienst- bzw. „Russen-Lager“ im Ortsteil Weiher untergebracht, ab 1949 in den Baracken des Auffanglagers auf dem Lindich (Hans Speidel 1985, S. 262-263.; Annegret Lamey 2004, S. 156-161; Gerd Friederich 1991, S. 247; 1200 Jahre Hechingen 1987, S. 149-150).

An der Hechinger Oberschule war der Anteil der Flüchtlings- und Vertriebenenkinder aus dem Osten und Südosten anfangs sehr gering. 1946/47 betrug ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl knapp drei und 1948/49 knapp fünf Prozent. Erst ab dem Schuljahr 1949/50 lag der Anteil von Kindern mit Flucht- bzw. Vertreibungshintergrund mit **etwa 50 Kindern** bei gut **zehn Prozent** (Siehe Klassenbücher; Ordner E 20, Mitteilung des Schulleiters an das Kultusministerium vom 4.7.1949). Die Klassen 8 und 9 besuchte vom Schuljahr 1947/48 bis 1951/52 durchschnittlich nicht einmal ein Flüchtlingskind (SchA, Klassenbücher, Schüler- und Zeugnislisten). **Bis Mitte der Fünfzigerjahre** war die **Integration** am Gymnasium Hechingen aber weitgehend **gelingen**; so vermerkt der Erhebungsbogen für das Statistische Landesamt und das Kultministerium vom 15. Mai 1953 bei einer Gesamtschülerzahl von 413 SchülerInnen 18 „Sowjetzonenflüchtlinge“ und 105 Flüchtlings- bzw. aus ihrer Heimat vertriebene Kinder. Ausländer besuchten die Schule nicht (SchA, E IV, 20, Erhebungsbogen für Höhere Schulen vom 15. Mai 1953). Ein vergleichbares Ergebnis (etwa ein

Viertel heimatvertriebene / geflohene Kinder) lieferte die Auswertung aller Klassenbücher des Schuljahres 1954/55 und der Klassenbücher der Oberstufe 1959/60. Auch die Abiturjahrgänge 1955 bis 1960 wiesen im Durchschnitt über ein Fünftel Flüchtlingskinder auf (SchA, Reifeprüfung, Lebensläufe 1955-1959 und die Klassenbücher der 9a und 9b von 1959/60).

Die Schulverwaltung in Tübingen hatte schon sehr früh die mit der Integration verbundenen Herausforderungen erkannt, wie einem Schreiben des Tübinger Landesdirektors für Kultur, Erziehung und Kunst Carlo Schmid (SPD) vom 7. **Dezember 1945** an die Bezirksschulämter und die Leiter der Höheren und Berufsschulen zu entnehmen ist. Carlo Schmid bat insbesondere, „in der Schule die Mitverantwortlichkeit jedes Kindes am Schicksal der Flüchtlinge zu wecken, **Mitleid und Hilfsbereitschaft in die Herzen der Kinder zu säen**, Verbundenheit zwischen den ansässigen und den Flüchtlingskindern zu stiften, um . . . das schwere Problem der wirklichen Einbürgerung dieser Ärmsten unseres Volkes zu lösen. Die Kinder mögen von ihren Erlebnissen berichten . . .“ (SchA, E IV, 17). Die **Umsetzung war oft mühsam** und langwierig. Es kam vor, dass sich sogar Schulleiter bei der Anmeldung von Flüchtlingskindern zurückweisend verhielten. Über die von anderen Schulen bekannten, anfangs oft schwierigen Beziehungen zwischen einheimischen Kindern einerseits und Flüchtlingskindern aus Vertreibungsgebieten andererseits finden sich in den Hechinger Schulakten keine Belege. Exemplarisch für anfangs irritierende **Verständigungs- und Integrationsprobleme** kommt deshalb als Zeitzeugin eine geflohene Ostpreußerin aus dem Kreis Tuttlingen zu Wort. Über Dänemark war sie nach Friedingen an der Donau gekommen und hatte dort eine neue Heimat gesucht. Die Verständigung war anfangs schwierig, sagte man doch für gehen „laufe“, für laufen „springe“, für springen „jucke“, für jucken „beiße“, für fegen „wische“ usw. (Barbara Gräber 1999, S. 131. Siehe auch: Ihr und wir – Die Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg 2009, vor allem die Kapitel „Schüler unter sich“ und „Erzwungenes Zusammenleben“, S. 50-53 und 22-25). In den Erinnerungen der 1944 in die Hechinger Oberschule eingetretenen Annegret Holzhäuer ist exemplarisch nachzulesen, welche Hemmungen einheimische und zugezogene Schülerinnen und Schüler, in diesem Fall ein aus Ostpreußen geflohenes Mädchen (Gerda Bork) und die Tochter des ehemaligen Landgerichtspräsidenten, zu überwinden hatten, um aufeinander zugehen zu können. Anfangs war das schwäbische Mädchen neugierig geworden, weil die „Fremde“ den ganzen Sommer über **ein einziges Sommerkleid und Holzpantinen** trug, als einzige in den Pausen im Klassenzimmer auf ihrem Platz sitzen blieb, um ihr „bescheidenes Stückchen Brot zu essen“ und weil sie nicht nur in Sport und Handarbeit eine sehr gute Schülerin war. Ihre Kontaktaufnahme wurde ein Gewinn für beide; bald waren beide gute Freundinnen (Annegret Lamey 2004, S. 157-158; vgl. Barbara Gräber 1999, S. 133-134).

Zwei Lebensläufe von Abiturienten der Fünfzigerjahre zeigen beispielhaft den oft steinigen Weg von Flüchtlingskindern, bis sie das Gymnasium Hechingen aufnahm. Der erste Lebenslauf stammt von einer 1939 in Westböhmen im ehemaligen Sudetenland geborenen Schülerin. Als Kind wurde sie 1946 mit ihren Eltern und ihrem Bruder ausgewiesen, weil sie Deutsche waren. Die weiteren

Stationen waren Unterfranken, Oberhessen, Oberfranken, Oberbayern und schließlich Hechingen, wo sie ab dem Schuljahr 1954/55 Schülerin des Gymnasiums war und 1959 die Reifeprüfung ablegte (SchA, Reifeprüfungen 1959, Lebenslauf von D.). In dem zweiten Lebenslauf schreibt 1955 ein aus dem Freistaat Danzig gebürtiger Hechinger Abiturient, dass er mit seiner großen Familie in Dänemark über zwei Jahre hinter Stacheldraht „ohne Schule“ habe leben müssen und dass sich 24 Personen hundert Quadratmeter teilen mussten (Ordner Abiturprüfung 1955, Lebenslauf; vgl. Willi Rößler: Schicksalsjahre der Heimatvertriebenen 2011/12, S. 330-331). Woher kamen diese fremden Kinder? In Hechingen stammten sie **aus Ost- und Westpreußen, Schlesien und Pommern**, aus dem **Sudetenland** (deutsche Siedlungsgebiete in Böhmen und Mähren), dem **donau-schwäbischen Siedlungsraum** und dem Freistaat **Danzig**. Noch heute erinnern zahlreiche Straßennamen an die ehemalige Heimat dieser Neubürger, z. B. die Oelser Straße und der Königsberger Weg.

In Bezug auf die tägliche Schulspeisung von oft unterernährten Kindern und Jugendlichen hatte die französische Besatzungszone deutlichen Nachholbedarf, denn die Schulspeisung, mitfinanziert von der britischen und amerikanischen Besatzungsmacht sowie privaten Hilfsorganisationen wie den amerikanischen und englischen Quäkern, war von den Briten schon im Frühjahr 1946 und in der Bizone schon im April/Mai 1947 eingerichtet worden. Kein Wunder, dass sich der Schulleiter Dr. Fischer im Februar 1948 bei der franz. Militärregierung darüber beschwerte, dass nur Volksschüler seit Jahresbeginn die tägliche **Schulspeisung** erhielten. Er erreichte, dass ab April 1948 auch 90 bis 100 Oberschüler daran teilnehmen konnten (Ordner A II, 10, Jahresbericht 1947/48, S. 3; Ordner A III, Monatsberichte an die franz. Militärregierung 1. 2., 30. 4. und 1.10. 1948). Besonders Flüchtlingskinder und Auswärtige empfanden die vom Kreis und den Gemeinden organisierte Schulspeisung als „außerordentlich segensreich“ (Ordner A III, Monatsbericht vom 22.12.1948). Die ehemalige Schülerin A. Holzhäuer erinnert sich: Von der geschätzten Suppe, wegen ihrem einzigen Fettague auch „Zyklopen-Suppe“ genannt, wurde von einem Flüchtlingsmädchen die Hälfte in einem Blechnapf nach Hause getragen. Ihrer siebenköpfigen Familie waren drei Zimmer in der Gaststätte Linde-Post zugewiesen worden (Annegret Lamey 2004, S. 159-160). Unter **beengten Wohnverhältnisse** litten besonders Flüchtlinge und Heimatvertriebene, wie dem folgenden Schreiben eines Vaters an den Kultusminister zu entnehmen ist: „Als wir endlich mit unseren 7 Kindern, nach Verlust von Hab und Gut (in Oberschlesien), im Oktober 1948 flüchtig nach Deutschland kamen, . . . wohnten wir in Bisingen mit 9 Personen in einem einzigen Zimmer. Die Kinder schliefen weiter wie auf der Flucht auf dem Fußboden. . . Nach einer vierjährigen Unterbrechung kam (meine Tochter) im Jahre 1949 wieder in eine deutsche Schule. . . (Auch in der neuen Wohnung in Hechingen) steht nur eine kleine Küche als Arbeitsraum zur Verfügung. Wenn ein Raum zugleich Küche, Speiseraum, Arbeitszimmer bei 6 Kindern sein muss, ist eine ernste Konzentration beim Lernen kaum möglich.“ (SchA, A II 7, Brief vom 20.5.1955) Dies war offenbar kein Einzelfall. So berichtet der Landrat Hans Speidel von einer Sitzung des Hechinger Stadtrats, in der

ein Stadtrat im Dezember 1949 klagte, „dass in der Kreisstadt Flüchtlingsfamilien bis zu acht Köpfen in einem Zimmer hausen müssten.“ (Hans Speidel 1985, S. 263; siehe auch den Abschnitt „Flüchtlingsprobleme“ im Rechenschaftsbericht des franz. Kreisgouverneurs von Balingen Oberst Gonnet, in: Blau-Weiß-Rot Leben unter der Trikolore 1999, S. 63-68).

Manche kinderreiche Familie war erst nach einer wahren Odyssee in Hechingen gestrandet. So schrieb der Vater eines Schülers, der im März 1946 in die staatliche Oberschule eingetreten war: „Mein Sohn P. wurde wegen der schweren Luftangriffe auf Berlin mit 9 Jahren von der Grundschule in Berlin einer Dorfschule in Ostpreußen anvertraut. Nach etwa 8 Monaten wurde er hier wieder herausgerissen, um in eine Dorfschule des Harzes zu kommen. Von dort erfolgte seine Umschulung nach Bad Harzburg. Durch die fast täglichen Luftalarme konnte hier von einem einigermaßen geregelten Unterricht nicht mehr gesprochen werden. . . Nach dem Zusammenbruch kam er nach Hessen, um wieder in einer Dorfschule untergebracht zu werden.“ (SchA, Ordner E II 5, Schreiben eines Vaters vom 25.8.1948)

Die Oberschule stellte Flüchtlingskindern wiederholt Schulbücher kostenlos zur Verfügung. Zusammen mit Kollegen übernahm sie in Einzelfällen die Kosten für Privatstunden in Französisch (Protokoll der LK 11.11.1952 und 7.1.1953). 1953 überwies das Oberschulamt an das Gymnasium Hechingen sechs in Tübingen wohnende „Sowjetzonenflüchtlinge“. Sie besuchten die 7. und 8. Klasse (Protokoll der LK 20.10.1953). Unter den 35 Oberstufenschülern, die 1953 an dem **ersten Schullandheimaufenthalt**, einem Skilager bei Hindelang im Allgäu, teilnahmen, waren auch zehn Kindern aus Flüchtlings- und Sowjetzonenfamilien. Dank Spenden und Zuschüssen für Skier und Skibekleidung konnte die Schule auch ihnen die Teilnahme ermöglichen (75 Jahre Gymnasium Hechingen 1984, S. 71).

Der Hechinger Bürgermeister Paul Bindereif schlug im Mai 1953 dem Oberschulamt Tübingen vor, für die Kinder, die mehrere Monate im Durchgangslager untergebracht waren, eine Lehrkraft für eine einklassige Schule mit 40 bis 70 Kindern einzustellen. Das Bezirksschulamt Hechingen und das Oberschulamt Tübingen lehnten den Vorschlag ab, da sie eine „Aussonderung“ der Lagerkinder vermeiden wollten (Stadtarchiv Hechingen, Akten A, Flüchtlingsfürsorge, Flüchtlingslager Weiher und Lindich 1945-1955, 7095/5). Einige „Flüchtlingskinder aus der Ostzone“, die 1952 vorübergehend im Hechinger Kreisdurchgangslager lebten, durften die Oberschule besuchen (Protokoll der LK 11.11. 1952). Zahlreiche zum Abitur eingereichte **Lebensläufe** der Abiturienten und Abiturientinnen fielen in den Fünfzigerjahren sehr ausführlich aus. So berichteten zwei Abiturienten von ihrem Schicksal als **politisch Verfolgte in der DDR**, dem Schulausschluss kurz vor dem Abitur und der anschließenden Flucht über Westberlin in den freien Westen. Nach einem halben Arbeitsjahr in der Landwirtschaft wurde dem einen „durch die Vermittlung des Jugendsozialwerks und die großzügige Unterstützung des Sozialamtes“ der Besuch des Gymnasiums in Hechingen ab Oktober 1953 ermöglicht. Ein weiterer aus Niederschlesien stammender Abiturient schilderte seine **traumatischen Erlebnisse während und nach der Flucht** vom Mai 1945 bis Juni 1946,

als seine Familie von tschechischen „Partisanen“ in Lager („Koncentrační Tabor“) bei Prag und Beneschau verschleppt wurde, wie folgt: „Nach bestialischen Behandlungen und grausamen Folterungen, die wir wegen unserer deutschen Nationalität und Staatsangehörigkeit zu erdulden hatten, trieb man uns in die berüchtigten Lager Prag-Hagibor und Prosenice bei Beneschau (südlich von Prag) . . . Unvergesslich haben sich die Ereignisse in meine Seele eingegraben. . . Vollkommen unterernährt, an Mangelkrankheiten leidend, und mittellos kämpften wir mit dem Leben. Die Entwicklungsschäden machen sich noch heute bei mir bemerkbar.“ (Ordner Abiturprüfung 1955, Lebensläufe; zum Lager Prag-Hagibor siehe Ray M. Douglas: Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2013, S. 192-194; Erika Härtl Cocolini: Prag Caslavská 15, Norderstedt 2008, S. 175-186 und M. Schneibergova: „Hagibor: ein Ort mit lehrreicher Geschichte“, Radio Prag, 10.05.2008; siehe auch Andreas Kossert: Kalte Heimat, München 2008, S. 27 ff.; kurze Angaben zur Statistik des Lagers Prag-Hagibor und zu den Lebensbedingungen in den Lagern finden sich in: Raimund Paleczek 2017, S. 21 und 44).

5.3 1949-1965: Wirtschaftlicher Aufschwung, Ausbau des Erreichten, Abschaffung des Schulgeldes, neue pädagogische Felder

1949

Lehren und Lernen waren vier Jahre nach dem Neustart der Oberschule im Oktober 1945 immer noch beeinträchtigt. Für die Fächer Deutsch, Englisch und die Naturwissenschaften waren immer noch **keine Schulbücher** zugelassen (Ordner A III). Die beiden Fächer Musik und Kunstunterricht wurden weiterhin stiefmütterlich behandelt. Der Musikunterricht endete nach vier Jahren und Kunstunterricht wurde an der Oberstufe nur einstündig erteilt (Protokoll der LK 30.3.1949, S. 348). Die Schule verfügte erstmals über einen „**Vervielfältigungsapparat**“. Ein **Rundfunkgerät** zum Empfang von Schulfunksendungen wurde Ende 1950 angeschafft. 1953 scheiterte aber die Anschaffung eines Schallplatten- und eines Tonbandgerätes aus finanziellen Gründen. Auch die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren weitgehend verlorengegangenen **Musikinstrumente** konnten bis dahin noch nicht wieder angeschafft werden (Protokoll LK 14.12. 1949, 14.11.1950 und 22.5. 1953). Wegen der bescheidenen finanziellen Ressourcen der Stadt konnte Bürgermeister Bindereif im Januar 1951 der Schule **kein Ende des Kohlemangels** in Aussicht stellen (Protokoll der LK 10.1.1951).

Die von den Spruchkammern in den Entnazifizierungsverfahren verhängten Strafen waren bei den Betroffenen und in der Öffentlichkeit oft umstritten. In Bezug auf die als Mitläufer oder als Minderbelastete eingestufteten Kollegen schrieb OStD Dr. Fischer in seinem Bericht an die französische Militärregierung: Die früher getroffenen Sühnemaßnahmen im Schulbereich würden „im Vergleich mit der mildereren Praxis von heute als viel zu hart und ungerecht empfunden“. Die Revision früherer Urteile halte er deshalb für gerechtfertigt (SchA, Ordner A III, Bericht vom 1.10.1948) und eine Amnestie sei dringend wünschenswert, „aber bei erwiesenen Aktivisten und Nutznießern dürfte

Vorsicht am Platze sein“. (Ordner A III, Bericht vom 22.12.1948; vergleichbar mit dem Bericht vom 1.7.1949) Folgendes wohlwollende Urteil findet sich in dem 1950 verfassten Bericht des französischen Kreisgouverneurs Roger Courtois: Obwohl 66 % der Lehrer am Gymnasium Mitglieder der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen gewesen waren (75 % der Volksschullehrer), „muss man sagen, dass keiner von ihnen aufgefallen ist, weil er besondere Aktivitäten der Partei entfaltet“ (Roger Courtois 1999, S. 396).

Die meisten der Lehrer waren wie früher katholisch. Acht von zwölf Lehrern stammten aus Regionen des 1947 aufgelösten Landes Preußen, das sich vom Rheinland im Westen bis Ostpreußen und Schlesien im Osten erstreckt hatte. Elf von zwölf Lehrern wohnten in der Oberstadt, vor allem in der Fürstenstraße (Mitteilungsbuch der staatlichen Oberschule 1949-1952, November 1949; Ordner A II, 11). Schulleiter Dr. Fischer schlug in dem Bericht an die französische Militärregierung vom 1. Juli 1949 drei zurückgestufte Beamte für eine Wiedereinstellung in die Beamtenrechte vor. Ebenda teilte er unter „Gesinnung der Schüler“ mit: „Nazistische oder nationalsozialistische Tendenzen innerhalb der Schülerschaft haben sich nicht gezeigt“ (SchA, A II, 10).

Die **Entlassfeier** der Abiturient*innen vom 27. Juli 1949 war mit einem Gedenken an den 300. Geburtstag von Goethe verbunden. OStR Lorbach beschrieb Goethes literarischen Weg an Hand der drei Meilensteine „Straßburg, Weimar und Italien“. Es folgten von Schüler*innen vorgetragene Gedichte und die Darbietung des „Chors der Engel“ aus Goethes „Faust“ von Franz Schubert durch den Schülerchor. Abiturient Wolfgang Holzhäuer nahm in seiner Rede ehrlich Bezug auf manche Mitschüler, die den Eindruck gehabt hätten, für die Schule, nicht für das Leben gelernt zu haben. Er sprach aber auch von vielen „frohen Stunde“ und dankte den Lehrern für die Erziehung zu einer Haltung, die half, **abweichende Meinungen zu achten und „manchen Irrweg“ zu korrigieren** (HHB Na 1000 VIII, Hohenzollerische Zeitung 30.7.1949).

Der Gesundheitszustand der SchülerInnen besserte sich im Laufe des Jahres, auch infolge der dankbar begrüßten amerikanischen „**Hoover-Schulspeisung**“, die ab Mai 1949 Kinder mit Untergewicht erhielten (Bericht an die franz. Militärregierung 1.7.1949; Protokoll der LK 1. 2.1949). Um den Ernährungszustand der Schüler zu erfassen, wurden diese im Turnunterricht weiterhin alle drei Monate **gewogen und gemessen**. Am Ende des Jahres klagten allerdings Lehrer darüber, „dass die Schüler bei der Schulspeisung vielfach nur die Leckereien (Schokolade, Kakao, Wecken) annehmen, aber auf die Suppe vielfach verzichten.“ (Protokoll der LK 9.11. und 14.12.1949)

Das Gymnasium nahm 1949 wieder an dem 1936 erstmals organisierten **Irma-West-Kinderfest** teil, dessen Durchführung in Folge des Krieges und der Nachkriegsnot lange ausgesetzt war (JB 1948/49; Protokoll der LK 23.5. und 6.6.1950).

Die in vier Sparbüchern angelegten Stiftungsgelder des Reformrealgymnasiums hatten das Dritte Reich und die Währungsreform überlebt, so dass Schulleiter Dr. Fischer 1949 die Umwandlung von gut 4000 RM in die neue Währung DM beantragen konnte (SchA, Ordner J III, 4 Schreiben vom 10.9.1949).

1950

Die Eltern wählten im Oktober 1950 13 Klassenelternvertreter, die wie vor 1933 den **Elternbeirat** bildeten. Er hielt im November seine erste Sitzung ab. Zwei Mütter wurden nachträglich hinzu gewählt (JB 1950/51; SchA, A II 7).

Die Lebensmittellieferungen der Amerikaner für die **Hoover-Schulspeisung** liefen am 30. Juni 1950 aus (JB 1949/50). Das Bürgermeisteramt und die Schule berieten, ob die Kosten der Schulspeisung für heimatvertriebene, evakuierte, aus der SBZ und Berlin zugewanderte, staatenlose und weitere sozial bedürftige Kinder (120) von der öffentlichen Hand (Gemeinde, Kreis bzw. Land) übernommen werden sollten (Ordner E 3, Schreiben des Bürgermeisteramtes Hechingen vom 20.4. 1950).

„Der **Tanzwut** und der Vergnügungssucht der Schüler und Schülerinnen (sei) scharf entgegenzutreten“, vermerkte das LK-Protokoll vom 19. Januar 1950 (Vgl. Protokoll der LK vom 7.5.1920 und 3.11.1923). Wie in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg war die Mitgliedschaft im **Schulsportverein** und in **Jugendgruppen der katholischen und evangelischen Pfarreien** recht beliebt. Auch im Tennisclub, Schachclub und die wiedergegründete kath. Jugendgruppe Quickborn waren Oberschüler aktiv (JB 1948/49 und 1952/53).

Vor dem Hintergrund, dass eine ganze Generation von Jugendlichen oft blinden Gehorsam und vormilitärischen Dienst an der Waffe geübt hatte, einer gnadenlosen Verherrlichung sogenannter soldatischer Tugenden in Presse, Rundfunk und Literatur sowie in der Hitlerjugend begegnet war und sehr viele von der Wehrmacht einberufen worden waren, konnte 1949 niemand sicher sein, wie nach der Gründung der Bundesrepublik und bei der offensichtlichen Zuspitzung des Ost-West-Konflikts diese von 1933 bis 1945 sozialisierte Jugendlichen und die deutsche Öffentlichkeit die beginnende Diskussion über die **Wiederbewaffnung** der Bundesrepublik aufnehmen würden. Der französische Kreisgouverneur von Balingen Oberst Jean Gonnet stellte dieses Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte ausführlich dar, im Unterschied zum Kreisgouverneur von Hechingen Oberst Roger Courtois. **Oberst** Gonnet gibt seine Eindrücke in Bezug auf die Balingener Jugend wie folgt wieder: „Man war völlig überrascht angesichts der Feindseligkeit, mit der diese Neuigkeit (die Remilitarisierung) in allen Schichten der Jugend aufgenommen wurde.“ (Blau-Weiß-Rot Das Leben unter der Trikolore 1999, S. 189). Im Kapitel „Wiederbewaffnung Deutschlands“ fasste er seine nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 gemachten Beobachtungen wie folgt zusammen: „Die erste Reaktion der Bevölkerung (zeigt), dass sie in ihrer **großen Mehrheit eindeutig gegen jeden Gedanken an eine Wiederbewaffnung** ist. . . Man kann tatsächlich eine eindeutige Abneigung der Öffentlichkeit gegenüber Aufführungen feststellen, die kriegerische Handlungen enthalten.“ Als Beleg verweist er auf den „Skandal“, als sich bei der Aufführung des historischen Liebesfilmes „Lady Hamilton“ in Balingen bei der ersten Vorführung der Kinosaal leerte, als Szenen aus der See-Schlacht von Trafalgar (1805) gezeigt wurden (Blau-Weiß-Rot Das Leben unter der Trikolore, S. 199-200). Der Kreisgouverneur von Hechingen beließ es dagegen bei wenigen Zeilen

und fasste die Meinung der „Persönlichkeiten des Kreises“ Hechingen wie folgt zusammen: „Keine deutsche Wiederbewaffnung“ (Blau-Weiß-Rot Das Leben unter der Trikolore 1999, S. 365-366). Eine Einführung in die „**Staatsbürgerkunde**“ war erst in Klasse 9 ab dem Schuljahr 1948/49 vorgesehen (Ordner F I, 3, Erlass vom 27.9.1948). Politische Erziehung sollte ab 1951 in allen Fächern „**Unterrichtsprinzip**“ sein. Die Idee der Freiheit sollte hervorgehoben und Institutionenkunde vermittelt werden (Protokoll der LK 31.5.1951). „**Gemeinschaftskunde**“ wurde erst ab 1953/54 unterrichtet (Protokoll der LK 14.11. 1950 und 9.11.1953). Als selbständiges Fach war „Gemeinschaftskunde“ jedoch erst im Jahr 1957 in den Lehrplänen für die Gymnasien in Baden-Württemberg in den Klassen 10 und 13 anzutreffen (Ordner F I, 1; Kurt Ludwig Joos 2012, S. 681). Zum Vergleich: Am Reformrealgymnasium war das Fach „Geschichte und Staatsbürgerkunde“ ab 1925 in der Untersekunda (10. Klasse) und in der Oberprima (13. Klasse) dreistündig unterrichtet worden.

In den Nachkriegsjahren von 1946 bis Ende der Fünfzigerjahre knüpfte die Oberschule an die Festkultur der Weimarer Republik an. **Gedenkstunden und -feiern** erinnerten an das Geburts- bzw. Sterbejahr folgender berühmter deutscher **Dichter, Musiker** usw. : Goethe, Mörike, C. F. Meyer, Hesse, Johann Sebastian Bach, Schiller und Eichendorff sowie an die Frau des Bundespräsidenten Elly Heuss-Knapp, an den deutsch-französischen Arzt, Theologen und Pazifist **Albert Schweitzer** und an den preußischen Reformier Freiherr von Stein, aber auch bis November 1955 an das Schicksal der noch nicht entlassenen deutschen Kriegsgefangenen, an das Revolutionsjahr und die erste deutsche Nationalversammlung des Jahres 1848 und an die erste Versammlung der beiden württembergischen Landtage im Jahre 1457. Hinzukamen folgende Gedenktage aus der jüngsten Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: die Verkündung/ das Inkrafttreten des Grundgesetzes im Mai 1949, die Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 7. September 1949 und der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 („**Tag der deutschen Einheit**“). Mit der Feier der **Gedenktage für die Opfer des Nationalsozialismus** am 20. Januar 1946 und am 11. September 1948, mit der Feier des **Tages der Menschenrechte** am 10. Dezember 1951, die die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte durch die UNO thematisierte, und der Feier des „**Tages der Heimat**“, die an die Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertrieben im August 1950 erinnerte, setzte die Schule neue Akzente. Den demokratischen Neubeginn stellte an der Oberschule niemand in Frage (Protokollbücher der LK 1945-1955; Jahresberichte 1946/47-1957/58; SchA, Ordner H 3; Mitteilungsbuch 1954/57, S. 10 und 134; Hans Pitsch, Bildungspolitische Zielsetzungen, S. 67; Gunter Tietz 2009, S. 22-24). Im November gedachte die Schule der Opfer des Weltkriegs in einer „Totengedenkfeier“.

Im zweiten am 7. Oktober 1949 gegründeten deutschen Staat, in der DDR, gingen Lehrer und Schüler bis zum 9. November 1989 ein hohes Risiko ein, wenn sie ihre kritische Meinung öffentlich äußerten, zum Beispiel freie Wahlen forderten, entsprechende Klebe- oder Flugblätter verteilten oder gar kurz einen Piratensender betrieben, wie es eine politische Widerstandsgruppe aus Schü-

lern und Lehrer im thüringischen **Altenburg** im Dezember 1949 tat. 19 Schüler und Lehrer wurden daraufhin vor dem Sowjetischen Militärtribunal in Weimar angeklagt, zwei junge Lehrer und ein Schüler zum Tode verurteilt und acht Personen erhielten Strafen bis zu 25 Jahren Arbeitslager („Altenburger Oberschule“, hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. ; [http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrichgymnasium \(Altenburg\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrichgymnasium_(Altenburg))), eingesehen 3.11.20019; siehe auch Heinz Wegener 2007, S. 404-419, betr. Repressionsmaßnahmen gegen Schüler in der DDR wegen Mitgliedschaft in der evangelischen „Jungen Gemeinde“ und wegen gemeinsamen Hörens des Radiosenders RIAS). Ebenso hart ging die DDR-Justiz 1951 gegen 19 Schüler und Schülerinnen der sächsischen **Oberschule in Werdau** vor. Diese hatten mit verschiedenen Aktionen gegen die Scheinwahlen zur Volkskammer im Oktober 1950 protestiert, angeregt durch das Vorbild der Widerstandsgruppe der „Weißen Rose“ gegen das NS-Regime 1943. Am 3. Oktober 1951 verurteilte das Landgericht Zwickau die Mitglieder dieser Widerstandsgruppe zu Strafen zwischen zwei und 15 Jahren Zuchthaus, sechs Jugendliche waren noch minderjährig („Werdauer Oberschülerinnen und Oberschüler“, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.).

Der „**Radikalenerlass**“ der Bundesregierung vom 19. September 1950 stellte die Unvereinbarkeit der Dienstpflichten von Beamten und Angestellten mit der Mitgliedschaft in Organisationen fest, die die freiheitliche demokratische Grundordnung untergraben. Von 13 als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen gehörten elf zum kommunistischen Spektrum, u. a. die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) sowie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Als neonazistisch wurden die Sozialistische Reichspartei (SRP) und die „Schwarze Front“ eingestuft (SchA, C I 1). In diesen Zusammenhang gehört auch das Schreiben des Regierungspräsidiums von Südwürttemberg-Hohenzollern / Oberschulamt vom 13.9.1954, das auf die „**verfassungsfeindliche Agitation aus der Sowjetzone**“ in Gestalt der Werbung für die „Kinderlandverschickung in die sowjetische Besatzungszone“ aufmerksam machte (SchA, Ordner A I; siehe weitere Hinweise in: Protokoll der LK 27.4.1954 und 24.9.1954) und die Mitteilung des Schulleiters Robert Wiedmann an das Oberschulamt Tübingen vom 18. August 1955, dass am Gymnasium Hechingen kein Versuch beobachtet worden sei, SchülerInnen für einen Ferienaufenthalt in der Sowjetzone zugewinnen. Die Klassen seien vor der „Beteiligung an organisierten Ferienlagern in der DDR“ gewarnt worden. Einige Schüler seien jedoch zu Verwandten in der „Ostzone“ gefahren (Ordner A II, 11).

1951

Im Januar 1951 musste sich die Oberschule 45 Zentner Koks vom Landgericht leihen. Um Heizmaterial zu sparen, durfte in den Pausen nur kurz gelüftet werden (Protokoll der LK 10.1.1951). Ein Schlaglicht auf die allgemein bescheidenen Lebensverhältnisse wirft auch eine Notiz aus der Lehrerkonferenz vom 1. September des folgenden Jahres, die von der „Gewährung von Vorschüssen zur Beschaffung von Brennstoff und Einkellerungskartoffeln“ berichtet.

Am 10. April 1951 veröffentlichte die Landesregierung von Württemberg-Hohenzollern ein Personalvertretungsgesetz (SchA, A II, 13). Damit konnten die ersten **Personalratswahlen** nach Kriegsende stattfinden. Im September wählten die 18 Lehrkräfte der Hechinger Oberschule einen Vertreter (SchA, C III, 15). Ein landeseinheitliches Personalvertretungsgesetz wurde im 1952 neu gebildete Bundesland Baden-Württemberg erst 1958 erlassen.

Im Mai 1951 wurden die Deutschlehrer im Zusammenhang mit der **Sammlung für das deutsche Müttergenesungswerk** angewiesen, „die Bedeutung der Hausfrau und der berufstätigen Mutter für die Familie und Volk im Unterricht zu behandeln.“ (Protokoll der LK 19.4. und 4.5.1951).



Das Kollegium 1951. Obere Reihe von links: Walter Drautz, Wilhelm Lorbach, Dr. Wilhelm Kraas, Karl Bayer, Frau Auguste Speidel, Gotthard Liebetanz, Bruno Arthur Schmidt-Lawrenz, Anton Emter, Sebastian Flad; untere Reihe von links: Dr. Albert Thießen (ehemaliger strafversetzter OStD vom Gymnasium Sigmaringen), Frau Dr. Gertrud Hasselbaum, **OStR Dr. Josef Fischer**, Dr. Karl Kramer, Frau Ilse Gimmel, Dr. Johann August Schmitt (SchA, Fotos)

Die Sammlung der „**Schulopfergroschen für die Kriegsgefangenen und Heimkehrer**“ betreffend, teilte der Kultminister Dr. Albert Sauer in einem Schreiben vom Juli 1951 mit: „Die Schulen haben durch ihre Spendenfreudigkeit in der vergangenen Zeit bewiesen, dass der Gedanke an die Not unserer gefangenen Brüder, Söhne und Väter stets wach geblieben ist.“ Einer beigefügten Tabelle über die Sammelergebnisse der 17 höheren Schulen vom September 1946 bis März 1951 ist zu entnehmen, dass die Oberschüler in Hechingen bis 1948 ca. 33 000 RM und von 1949 bis 1951 2 532 DM gesammelt haben (Ordner E, 17, Kultministerium des Landes Württemberg-Hohenzollern TU I Nr. 3847, 19.7.1951).

Die Schule war wieder in der Lage, fünf **Fachzeitschriften** zu abonnieren, darunter die „**Hohenzollerische Heimat**“ (Protokoll der LK 23.1.1951). Der Schulleiter wies die Geschichtslehrer der 9. Klasse in der LK-Konferenz vom 14. November 1951 darauf hin, dass der Stoff der 9. Klasse nicht bis Bismarck, sondern bis 1950 zu behandeln sei. Die Tagebucheinträge der folgenden Jahre 1951 und 1952 zeigen, dass ein Überblickswissen mindesten bis 1939 bzw. 1949 vermittelt wurde (Klassenbücher Kl. 9 von 1950/51 und 1951/52; vgl. dagegen Annegret Lamey 2004, S. 154-155).

Im der Abschiedsrede für die Abiturienten trug Dr. Fischer 1951 seine Gedanken zum Thema „Vermassung und Verflachung“ des „Massenmenschen“ vor und fasste seine Sorgen wie folgt zusammen: „Der Massenmensch weiß nichts mehr von der Würde der Persönlichkeit, von seinem Wert als Ebenbild Gottes.“ (Hohenzoll. Zeitung vom 27.7.1951)

1952-1954

Am 1. Mai 1952 ging Schulleiter Dr. Josef Fischer in den Ruhestand. Er hatte seit 1945 glaubhaft für einen demokratischen Neuanfang gestanden, die Oberschule erfolgreich reorganisiert, sich für bloße „Mitläufer“ eingesetzt, aber gleichzeitig die Bestrafung von Tätern gerechtfertigt. Er hatte als Prüfungskommissar für den Religionsunterricht im Kreis Hechingen gewirkt und war 1951 von Papst Pius XII. zum Prälaten ernannt worden (75 Jahre Gymnasium Hechingen 1984, S. 155-156). Seine Nachfolge trat **Dr. Johann August Schmitt an**, der ehemalige Schulleiter von 1931 bis 1945.

Der Oberschüler Herbert Selig (Abiturjahrgang 1951) hatte sich bei den Ausscheidungswettkämpfen für die Teilnahme als Gast der Bundesregierung bei den Olympischen Sommerspielen in Helsinki (1952) qualifiziert und konnte so als einer von 160 deutschen Jungen und Mädchen den Wettkämpfen beiwohnen, zu denen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Sportler aus der Bundesrepublik und dem Saarland zugelassen waren (SchA, Ordner Sport, Bericht von H. Selig, 19 Seiten).

Die zehn Mitglieder des Vereins der Lehrer und Lehrerinnen an höheren Schulen in Württemberg/Hohenzollern (VHL) und die übrigen Kollegen sprachen sich **gegen die sofortige Einführung des Zentralabiturs** aus, solange keine bundeseinheitliche Regelung gefunden sei (Protokoll der LK 6.10.1952).

Ein Erlass des Kultministeriums vom 16. Oktober 1953 ordnete an, dass alle höheren Schulen des Landes die **Bezeichnung „Gymnasium“** führen. Ab Juli 1954 änderte das Kultministerium seinen Namen in Kultusministerium (Protokoll der LK 1954, S. 117).

Das jährliche **Schulgeld** betrug in Hechingen abhängig von der Klassenstufe zwischen 98 und 126 DM. Im Schuljahr 1952/53 erhielten 80 Schülerinnen und Schüler **Schulgeldbefreiung** oder Schulgeldnachlass. 30 heimatvertrieben bzw. aus der Ostzone geflüchtete SchülerInnen bekamen Mittel aus der **Soforthilfe**. Einheimische Eltern in wirtschaftlicher Notlage konnten für ihre Schulkinder **Erziehungsbeihilfe** beantragen (Mitteilungsbuch 1954/57, S. 81, Juni 1956). Wie früher gab es eine **Geschwisterermäßigung** (SchA, E IV, 20; siehe auch Protokoll der LK 19.6.1953). Um sich ein Bild von der Belastung einer damals als arm geltenden Familie machen zu können, sei der Antrag auf Schulgeldermäßigung des Schülers L. aus Klasse 1 herausgegriffen. Er hatte drei Ge-

schwister. Sein Vater war im Krieg gefallen. Seine Mutter erhielt eine monatliche Invalidenrente von 42 DM, die vier Kinder zusammen 250 DM an Waisenrente und Ausbildungsbeihilfe. Damit entfielen auf jedes Familienmitglied 58 DM im Monat. Eine Schwester erhielt 100 %, ihre beiden Brüder jeweils 30% Schulgeldermäßigung. Das damit jährlich noch zu zahlende Schulgeld war für die Mutter sicher ein großes Opfer und für die Kinder ein Ansporn, denn nur bei ordentlichen Leistungen konnten sie eine Ermäßigung erwarten (Protokoll der LK 19.6. 1953 und 11.11.1952; Ordner I/J 2, Anträge auf Schulgeldermäßigung betr. LK-Konferenz vom 11.11.1952; vgl. ebenda weitere Bitten, z. B. das Gesuch eines arbeitslosen Vaters und einer Kriegerwitwe um eine Freistelle bzw. um Erlass des Schulgeldes vom 19.9. und 30.10. 1948). Über eine „**Hilfsbücherei**“ mit einem begrenzten Sortiment von Schulbüchern für arme Kinder verfügte die Schule erst wieder ab 1953 (Protokoll der LK 6.10.1952; 7.1.1953).

Für die Einrichtung einer neuen Lehrer- und Schülerbücherei fehlten der Schule weiterhin die finanziellen Mittel (Protokoll der LK 22.5.1953).

Im Protokollbuch der LK vom 1. Juni 1953 wurde erstmals die Wahl von „Vertrauensschülern“ (Klassensprechern) und eines Schulsprechers erwähnt. Diese konnten einen Vertrauenslehrer vorschlagen. Grundlage war der **SMV-Erlass** vom 20. Januar 1953. Die Aufgabenbereiche der Schülermitverantwortung betrafen damals vorwiegend „Ordnungsaufgaben“ und „hilfreiches Tun“. Die Freiräume und Grenzen der SMV wurden erst im Schulgesetz von 1983 gesetzlich verankert (SMV-Aktuell 2003/ 2004, Thema 3, S. 20, <http://www.smv.bw.schule.de/smv-aktuell/aktuell2003/teil3.pdf>; eingesehen 27.2. 2018).

Das Verhältnis von Jungen zu Mädchen hatte in den 50er-Jahren stabile Werte erreicht, die weit über denen der Weimarer Republik und des Dritten Reiches in den 30er Jahren lagen. Die Schule besuchten z. B. im Schuljahr 1953/54 **251 Jungen und 162 Mädchen**; die Relation lag damit bei rund drei zu zwei (SchA, E IV, 20). **Zweizügig** waren nur die Klassen 1 bis 5 mit je einer **Jungen- und Mädchenklasse**. Dabei waren die Jungenklassen meist wesentlich größer. Ein Extremfall waren die beiden zweiten Klassen mit 47 Schülern bzw. 24 Schülerinnen. Der Schulleiter führte die besseren Noten der Mädchen in den unteren Klassen vor allem auf den größeren Lerneifer der Mädchen zurück (Protokoll der LK 23.3. 1953).

Am 4. Juli 1953 veranstaltete das Gymnasium erstmals in der Aula eine Feierstunde „zum Gedächtnis der jüngsten Freiheitskundgebung in Ostberlin und Ostdeutschland“. Eingangs sang der Chor das „Niederländische Dankgebet“ von Eduard Kremser. Schüler trugen u. a. die Gedichte „Ultima ratio“ von Friedrich G. Jünger (nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Ernst) und „Die Posaune“ von Josef Weinheber vor (SchA, Ordner H, Vortragsfolge der „Gedächtnisfeier für die Toten Berlins und der Sowjetzone“). Im folgenden Jahr erklärte die Bundesrepublik den **17. Juni** als „Tag der deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag. Anlässlich des Inkrafttretens der Ver-

fassung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg fand im November eine Feierstunde statt, und wie im Vorjahr zum Volkstrauertag eine Totengedenkfeier. 1953 gestalteten Schüler diese Feier für die Gefallenen und Opfer des Weltkriegs mit Gedichten und Briefen gefallener Soldaten. Die Schule beteiligte sich Ende 1953 wieder an der Sammelaktion der Deutschen Schillergesellschaft in Marbach und sammelte unter Mithilfe der SMV den „**Schillergroschen**“ ein (SchA, A II, JB 1953/54 und Protokollbuch der LK 9.11.1953).

Am 14. September 1953 erinnerte die Schule in einer Gedenkstunde der Schülerinnen der Oberstufe an den 80. Geburtstag von **Gertrud Bäumer** (1873-1954), eine der führenden Persönlichkeiten der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung, 1920 bis 1930 Reichstagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei. Die Festrede hielt Studienassessorin **Margarethe Kuppe** (1917-2004), eine politisch sehr engagierte Frau, die bis in die 70er Jahre als Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union und der CDU Württemberg-Hohenzollern und von 1961 bis 1977 in der Frauenunion tätig war (Mitteilungsbuch 1952-1954. http://www.kas.de/wf/doc/kas_38470-544-1-30.pdf?140731160959, eingesehen 15.4.2017). Ab Mai 1953 waren zusätzlich zum Jahresausflug drei halbtägige Wandertage durchzuführen, eine bescheidene Wiederaufnahme der monatlichen Wandertage der Zwanzigerjahre (Protokoll der LK 5. 5.1953).

1954-1956

Ein Erlass vom 4. Februar 1954 sah folgende maximalen Klassenstärken vor: **Unterstufe bis 45**, Mittelstufe bis 40 und Oberstufe bis 30 Schüler (Protokoll der LK 2.4.1954).

In der Entlassungsfeier der Abiturienten 1954 thematisierte der Abiturient Dieter Schäfer die letzten neun Jahre wie folgt: „Lehrer- und Raumnot, Lehr- und Lernmittelmangel, Erschütterung der geistigen und sittlichen Ordnung“. Er erinnerte an die Not der Nachkriegsjahre und die Zweifel an traditionellen Anschauungen und Autoritäten, er kam auf den „schweren Einsatz der Lehrer“ zu sprechen und dankte ihnen, „dass ihre Schüler nicht in einem Indifferentismus stecken geblieben seien“, sondern gelernt hätten, Verantwortung für sich selbst und die Allgemeinheit zu übernehmen und von **Toleranz** geprägte Entscheidungen zu treffen (Jahresbericht 1953/54; siehe LA 26, 1975, S. 16, wo zahlreiche ehemalige Schüler im neuen Gemeinderat von Hechingen und Umgebung auf Listen der Freien Wähler, der CDU und SPD 1975 vermerkt sind).

Der scheidende Schulleiter **OStD Dr. Schmitt** ging in seiner Ansprache auf einige gesellschaftskritische, kulturphilosophische und bildungspolitische Aspekte ein, die für den **kulturkritischen Diskurs** der Fünfzigerjahre nicht untypisch sind (Torsten Gass-Bolm 2005, S. 87-89). Er zitierte Schriftsteller, Kulturkritiker, Theologen und Philosophen, u. a. Walter Rathenau („Von kommenden Dingen“), Philipp Lersch („Der Mensch in der Gegenwart“), Oswald Spengler („Untergang des

Abendlandes“), Eduard Spranger („Pädagogische Perspektiven“), Ortega y Gasset („Aufstand der Massen“), Romano Guardini („Die Macht“), den belgischen Soziologen Hendrike de Man und den dänischen religiösen Schriftsteller und Philosophen Sören Kierkegaard. Neben Zeitgebundenem blitzt Aktuelles auf: Kritik an Aspekten der Moderne, Krisenbewusstsein und die Angst vor der „Aufhebung der persönlichen Freiheit“. Dr. Schmitt beendete seine Ansprache, anknüpfend an Kierkegaard, mit dem folgenden Zitat von Philipp Lersch: „Einzelner vor Gott zu werden aus der Innerlichkeit des Gemütes, des Geistes und des Gewissens – das ist die Forderung, die heute an die Menschen ergeht.“ (HHB, Na 1000, VIII; SchA, Abitur 1954 . . . Ein Rückblick. Hechingen 1979, 4-6). Damit knüpfte Dr. Schmitt an die Zeit vor 1933 an. Nachfolgende Schulleiter setzen mit Verweisen auf die Bedeutung von Normen und Haltungen wie Freiheit, Verantwortung, Toleranz, Solidarität und das dialogische Prinzip weitere Akzente.

Nachfolger von Oberstudiendirektor Dr. Johann August Schmitt wurde **Robert Wiedmann (1954-1970)**, ein erfahrener Philologe, „ein Grandseigneur der Bildung“, ein auch außerhalb der Schule, zum Beispiel in der Erwachsenenbildung und im Philologenverband engagierter Pädagoge (Hartmut Rau, in: 75 Jahre Gymnasium Hechingen, S. 171-172). Dem aus Ravensburg, also aus Württemberg kommenden OstD Wiedmann fiel in Hechingen „die preußische Tradition der Schule“ und ein verhältnismäßig hoher Anteil an Heimatvertriebenen auf. Wiedmann klagte, dass durch den Abbau des Schulgeldes Geld für die Schülerbücherei fehle.

In der Fachkonferenz Deutsch einigte man sich, dass „das **mundartfreie**, lautreine und präzise Sprechen“ in den unteren Klassen zu üben sei (Protokoll der LK 21.9.1954).

Ab 1954 fand Mitte Juni eine Gedenkveranstaltung zum „**Tag der deutschen Einheit**“ statt.

Der Elternbeirat des Staatlichen Gymnasiums beklagte sich 1954 in einer EntschlieÙung darüber, dass hier im ehemaligen Land Württemberg-Hohenzollern das **Schulgeld** . . . etwa dreimal so hoch sei wie im Landesteil Nordwürttemberg, d. h. in der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone (Hohenzollerische Zeitung 16.1. 1954). Mit dem Erlass vom 14. Juni 1954 reduzierte schließlich das Regierungspräsidium Südwürttemberg-Hohenzollern das Schulgeld auf 36 DM für die Klassen 1 bis 6 und auf 48 DM für die Klassen 7 bis 9. Nach Aktenlage erhob die Schule Schulgeld bis 1956/57 (SchA, Ordner I/J 2, Schreiben des Oberschulamtes Tübingen vom 19.2.1960; vgl. Hans Pitsch, Bildungspolitische Zielsetzungen, S. 67). Auch die in der Landesverfassung von Baden-Württemberg aufgenommene, aber vorerst nicht umgesetzte **Lernmittelfreiheit** wurde 1954 in der Sitzung des Elternbeirats angesprochen (SchA, A II 7, Protokoll der Elternbeiratssitzung 22.10. 1954). Aber erst ab dem Schuljahr 1959/60 kamen die Schüler in den Genuss der **Lernmittelfreiheit**. 1964 sollte die Umstellung abgeschlossen sein (Ordner F I,5, Erlass vom 1. März 1960).

Die ein Jahrhundert lang geführte Diskussion um die Zulässigkeit **körperlicher Strafen** kam zu einem guten Ende. Das LK-Protokoll vom 3. November 1954 hielt ohne Einschränkung fest: „Jede

körperliche Strafe soll unterlassen werden.“ (Im Protokoll der LK vom 14.11. 1951 hieß es noch: „Körperliche Strafen, die bei Mädchen ohnehin verboten sind, werden auch für die Jungen allgemein abgelehnt bzw. bei diesen höchstens auf der Unterstufe noch gebilligt.“)



Das Kollegium 1955, in der zweiten Reihe rechts OSD Robert Wiedmann (SchA, Fotos)

Das Foto zeigt in der ersten Reihe von links: **Hans Pitsch**, Franz Schwab, Dr. Fidelis Gässler, Frau Rosemarie Moldenhauer, Karl Kramer, Margarethe Kuppe, Dr. Gertrud Hasselbaum; 2. Reihe: Anton Emter, Karl Bayer, Auguste Speidel, Gotthardt Liebetanz, **OStD Robert Wiedmann**; 3. Reihe: engl. Assistentin, Sebastian Flad; 4. Reihe Friedrich Kastropp, Dr. Werner Fiebig, Reinhold Uebele, Dr. Wilhelm Kraas (Schularchiv, Fotos)

Auf Grund einer Stiftung des Landrats konnte das Gymnasium ab 1955 - neben dem Scheffelpreis und dem von drei Lehrern gespendeten Preis für besonders gute Leistungen in den Naturwissenschaften - erstmals **weitere Buchpreise** für gute Leistungen in Mathematik, den Sprachen und Deutsch verteilen (Protokoll der LK 28.3.1955).

Am **Tag des Baumes** pflanzten Lehrer mit Schülern der siebten bis neunten Klasse zwölf Linden in der Nähe des früheren Judenfriedhofs. Der Schüler Klaus Kinkel sollte sich darum kümmern, dass Schüler Schaufeln und Spaten mitbringen (Mitteilungsbuch 22.4.1955). Im November 1955 lief wieder eine große **Paketaktion für die Ostzone**.

Am 26. November 1955 gedachten alle Klassen zum letzten Mal der aus russischer Kriegsgefangenschaft noch nicht entlassenen Wehrmichtsangehörigen. Ab 19 Uhr sollten zu Hause in den Fenstern die **Gedenkkerzen** angezündet werden (Mitteilungsbuch 1954-1957, S. 134).

Ende 1956 hatte die Ständige Konferenz der Kultusminister einen Beschluss zur sogenannten „**Ostkunde**“ gefasst. Danach sollte dieser Unterricht unter anderem „Informationen über die 1945 russischer oder polnischer Verwaltung übertragenen, vorher zum Deutschen Reich gehörenden und von Deutschen bewohnten Gebiete östlich der Oder und Neiße . . . vermitteln“ (Kurt Ludwig

Joos 2012, S. 682). In diesen Zusammenhang gehört der Besuch der in allen Kreisstädten gezeigten **Ausstellung „Deutscher Osten“** durch Schüler der dritten bis neunten Klasse im Februar 1956 (SchA, A II, 10, JB 1956). In den Konferenz-Protokollen ist die „Ostkunde“ in den 50er Jahren ansonsten kein Thema, auf die Kundgebung zum „Tag der Heimat“ am 6. September 1956 wurde jedoch hingewiesen.

In den Augen des Direktors waren die naturwissenschaftlichen Sammlungen, die Lehrerbücherei und die Wandtafeln in keinem guten Zustand. **Der einzige Fachraum für die Naturwissenschaften** musste auch von anderen Fachrichtungen genutzt werden, da nur dieser Raum über eine allerdings „unzureichende“ Verdunklungseinrichtung verfügte.

Der Schulleiter bat nach einer Besprechung mit dem Elternbeirat die Eltern um einen jährlichen freiwilligen Beitrag für den Aufbau der **Schülerbücherei**. Wie in Württemberg konnte pro Kind 1,50 DM eingesammelt werden (SchA, A II, 10, JB 1955/56, S. 3).

Große Zustimmung fand der Erlass, der für alle Lehrerinnen die Bezeichnung „Frau“ einführt (Protokoll der LK 9.9.1955). Schulleiter Wiedmann wies in der Lehrerkonferenz im Oktober 1956 die in der Stadt anzutreffende Kritik, die Schule würde nichts gegen den laschen Besuch des Schülergottesdienstes unternehmen, mit dem Argument zurück, dass der Besuch von Religionsunterricht und Schülergottesdienst „freiwillig“ sei (Protokoll 5.10. 1956).

1957

Math.-naturwissenschaftliches Gymnasium II

	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	Ges.
Religionslehre	2	2	2	2	2	2	2	2	2	18
Deutsch	5	5	4	4	4	4	4	4	4	38
Geschichte			2	2	2	2	2	2	2	14
Gemeinschaftskunde						2	-	-	2	4
Englisch	6	6	5	5	4	3	3	3	3	38
Französisch/Latein			5	5	5	4	4	4	4	31
Mathematik	5	5	4	4	4	4	4	4	4	38
Physik					2	2	2	2	3	11
Chemie						2	2	2	2	8
Biologie	2	2	2	2	2	2	2	2	2	17
Erdkunde	2	2	2	2	2	2	2	2	-	15
Bild.Kunst	2	2	2	2	2	2	2	2	2	17
Musik	2	2	2	2	1	1	1	1	2	13
Leibesübungen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	18
Gesamt	28	28	32	280						

Neue Stundentafeln für die Gymnasien ab 1957 (SchA, Ordner F I,1, Schreiben des Kultusministers vom 3.2. 1957). Ein Lateinzug, der zum großen Latinum führte, bestand bereits seit 1954.

Im Februar wurde an das Oberschulamt Tübingen ein fast von allen Lehrern unterstütztes Protestschreiben geschickt, das sich gegen eine Neuregelung der Sprachenfolge aussprach. Der Einspruch blieb jedoch erfolglos. Damit war am Gymnasium Hechingen ab dem Schuljahr 1957/58 nicht mehr Französisch, sondern **Englisch erste Fremdsprache** (Protokoll der LK 15.2.1957).

Mit Beginn des Schuljahrs 1957/58 wurde in Baden-Württemberg der **neue Lehrplan** für die drei Schultypen eingeführt, für das altsprachliche, das neusprachliche und das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium. In Hechingen entschieden sich das Kollegium und der Elternbeirat für das **naturwissenschaftliche Gymnasium II**, das den Sprachunterricht stark berücksichtigte. Direktor Wiedmann sprach sich gegen eine Ausdehnung des Nachmittagsunterrichts aus, u. a. mit dem Argument, dass 34 % der Schüler bzw. circa 40 % der Oberstufenschüler Auswärtige seien. Diese würden dann zehn Stunden von Zuhause weg sein und nicht alle könnten sich eine warme Mahlzeit leisten (Protokoll der LK 10.9.1957).

Das Schulleben wurde ab den 50er-Jahren durch **Schullandheimaufenthalt** und **Theaterspiel** bereichert. Die erste Fahrt führte zwei Oberstufenklassen 1953 in ein Skilager im Allgäu. Anfang der 60er Jahre wurden neue Akzente gesetzt. Die Klasse 10 wurde einbezogen und die Klassen konnten aus einer Vielzahl an Zielen wählen. So fuhren sie z. B. nach Völs am Schlern und Kiens in Südtirol, St. Peter-Ording und Mittelwihr im Elsass (LA 1970, S. 29). Eine **Theater-AG** unter Leitung von Stud.-Ass. Hartmut Rau bereicherte ab 1957 das Schulleben. Die Laienspieler brachten bis Ende der 70er-Jahre unter der Leitung von Studiendirektor Rau viele oft anspruchsvolle Stücke auf die Bühne, unterstützt von der Fachschaft Musik-und Kunst. Richtige Scheinwerfer bekam die Theater-AG erst 1980 für die Aufführung von Shakespeares „Sommernachtstraum“. Dieses Stück hatte die Theater-AG unter der neuen Leitung des Deutsch- und Kunstlehrers Franz-Josef Heukamp erarbeitet. Bis zu dessen Pensionierung führte die AG noch viele Stücke auf, meist von zeitgenössischen Autoren, z. B. „Die Bauernoper“ von Yaak Karsunke (75 Jahre Gymnasium Hechingen 1984, S. 63-64 und S. 71-74 und 1909-2009 100 Jahre Gymnasium Hechingen 2009, S. 77-79).

1958

Die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und die Not der ersten Nachkriegsjahre waren für manche SchülerInnen auch noch Ende der Fünfzigerjahre präsent und belastend. So berichtet ein in Stettin / Pommern geborener Schüler des Abiturjahrgangs 1959 über seine Erlebnisse während der Flucht von Danzig über Stralsund und Halle nach Hechingen wie folgt: „Die Eindrücke auf der Flucht: versenkte Schiffe, brennende Dörfer und Städte, das Leid und die Not der Flüchtlinge und das erste Erleben des grausamen Todes, haben in mir tiefe Spuren hinterlassen.“ (Ordner Abiturprüfungen 1959, Lebensläufe)

Im Gegensatz zu den Jahren nach 1918 hatte in den Jahren nach 1945 jahrelang niemand aus der Schulgemeinde den Vorschlag gemacht, über die Gestaltung und Finanzierung einer Gedächtnistafel oder eines Erinnerungsplatzes für die gefallenen Schüler und Lehrer zu beraten (Vgl. dagegen den Beitrag „Die Gefallenen-Gedenkhalle“ der Oberschule bzw. des Immanuel-Kant-Gymnasiums Tuttlingen, in Volker Schäfer 2014, S. 92-97). Erst 1958 schrieb der Elternbeirat schließlich einen Wettbewerb für die künstlerische Gestaltung der Südwand der Aula aus. Mit einem

Wandbild sollte „das Andenken der in den beiden Weltkriegen **gefallenen Lehrer und Schüler des Gymnasiums** geehrt werden.“ Den ersten Preis gewann der Kunstmaler und Grafiker **Julius Herburger** aus Ravensburg. Er stand Max Beckmann innerlich nahe und war ein Freund von Willi Baumeister. Im Herbst 1958 wurde sein großes **Wandbild**, das die gesamte Südseite der Aula einnimmt, eingeweiht. Die Ausführung des Gemäldes zum Thema „**Krieg und Frieden**“ kommentierte eine Lokalzeitung knapp und treffend mit dem Satz: „Krieg kann für uns nie wieder zu einem „Ideal“ werden.“ (Hohenzollerische Zeitung Nr. 257, 7. 11. 1958) Dasselbe Motiv und eine vergleichbare Gestaltung zeigt ein Wandbild im Musée Nationale de l'Education in Rouen, das schon 1933 ein französisches Schulbuch aufgenommen hat, ein Beispiel für den in Frankreich ab etwa 1930 anzutreffenden Perspektivenwechsel, wo im Gegensatz zum Dritten Reich der Krieg als Feind einer friedlichen, zivilisierten Welt darstellt und auf die unkritische Glorifizierung soldatischer Tugenden verzichtet werden konnte (Rainer Bendick 1999, S.433-439).

Das Wandbild in der Aula trat an die Stelle der beiden 1927 angebrachten Gefallenengedenktafeln. Diese stehen seit der Aula-Renovierung 1956 in der alten Lehrerbücherei im Keller (Protokoll LK 20.1. 1956; Siehe Gottfried Schwemer 2001, S. 38: In Tübingen steht das 1920 vor dem Uhland-Gymnasium errichtete Gefallenendenkmal immer noch an seinem ursprünglichen Platz.). Die Namen der im Zweiten Weltkrieg gefallenen und vermissten Schüler und Lehrer des Gymnasiums Hechingen wurden 1958 nicht abschließend ermittelt (Liebetanz 1958, S. 38). Die „Listen“ der Gefallenen und Vermissten der Schulgemeinde vom Mai 1945 und Oktober 1947 blieben unvollständig (Ordner C III 16, 5/1945 und C I, 1, Schreiben des Schulleiters an das „Kultministerium“ Tübingen vom 7.10.1947, wo die Namen des 1945 gefallenen Lehrers Werner Köttgen und des in Stalingrad vermissten Lehrers Kurt Hillenbrand vermerkt sind).

Im Juli 1958 erschien erstmals „**Die Lichte Au**“. Diese lesenswerte Jahresschrift der 1957 gegründeten „Vereinigung ehemaliger Schüler und Schülerinnen, Lehrer und Freunde des Staatlichen Gymnasiums Hechingen“ erschien bis 1978 ein- bis zweimal jährlich. Diese am 21. Juli 1957 gegründete Vereinigung zählte 1960 bereits 500 Mitglieder. Ihr Vorsitzender Walter Sauter, der von 1910 bis 1918 das Reformrealgymnasium besucht hatte und im Dritten Reich jahrelang verantwortlicher Redakteur des Lokalteils der Nachfolgerin der Hohenzollerischen Blätter gewesen war, prägte als verantwortlicher Herausgeber jahrelang das Gesicht der Jahresschrift „Die Lichte Au“ (LA 1, 1958, S. 1-2).

Oberstudiendirektor Robert Wiedmann klagte im Jahresbericht 1957/58, dass in dem einzigen Fachraum für die naturwissenschaftlichen Fächer bei größeren Klassen nicht einmal für jeden Schüler ein Sitzplatz zur Verfügung stehe. Der Wunsch eines modernen Erweiterungsbaus mit naturwissenschaftlichen Fachräumen ging jedoch erst 1965 in Erfüllung, als der großzügige Erweiterungsbau bezogen wurde. Im Jahresbericht 1957/58 beschrieb Wiedmann sein Wunschbild einer **vorbildlichen Schule** als einer Bildungsstätte, die von einer „**Atmosphäre des Fleißes, der Freiheit und der zwanglosen Disziplin**“ geprägt sei.

Der 1946 von Anton Emter gegründete Schulsportverein war auch noch Ende der 50er Jahre sehr beliebt (LA 1, Juli 1958).

1959

OStD Wiedmann konnte in seinem Rechenschaftsbericht an das Oberschulamt Südwürttemberg-Hohenzollern 1958/59 feststellen, dass es inzwischen zur Normalität gehöre, dass im Unterricht auch die Zeit nach dem Versailler Vertrag (1919) behandelt werde. Der „Vorwurf, der Geschichtsunterricht entziehe sich aus Ängstlichkeit oder Ressentiment der Lehrer der **Darstellung der jüngsten Vergangenheit** und dem Bekenntnis zu einer freiheitlichen Staatsordnung“, sei nicht gerechtfertigt (A II, Rechenschaftsbericht 1958/59, S. 2; siehe auch Tagebuch Kl. 9 von 1959/60). Im Übrigen komme es sehr darauf an, wie sich der Staat, der die Jugend gewinnen wolle, selbst darstelle.

In die Amtszeit von OStD Wiedmann fiel 1959 die Jubiläumsfeier „50 Jahre Staatliches Gymnasium Hechingen“. Wiedmann erinnerte an die Umwandlung der Königlichen Realschule in ein Reformrealgymnasium und an den Umzug vom Realschulgebäude in der Neustraße in das neue Gebäude auf der Lichtenau im September 1909. In der Festrede im Burg-Theater sprach er nach einem kurzen historischen Rückblick über den gleichbleibenden Bildungsauftrag der Schule: über die Bedeutung der Solidarität aller Menschen, die Liebe zur Wahrheit, über die Schule als Wissensvermittlerin, aber auch als Heimat der inzwischen 447 Schüler. Über allem müsse der Glaube an die ewigen Gesetze, an die Bestimmung des Menschen stehen (Sonderdruck zur Jubiläumsfeier des Staatlichen Gymnasiums Hechingen am 9. und 10. Oktober 1959).

1960

Da das **Rauchen** während der Schulzeit stark zugenommen hatte, verbot die Gesamtlehrerkonferenz 1960 **einstimmig** das Rauchen im Schulbereich während der Schulzeit für SchülerInnen aller Stufen (Protokoll der LK 6.12.1960).

In einer Lehrerkonferenz wurde auf die 1957 gegründete „Friedlandhilfe e. V.“ für deutschstämmige Aussiedler hingewiesen (Protokoll der LK 6.12.1960). In der Vorweihnachtszeit beteiligten sich jahrelang mehrere Klassen an der Weihnachtsaktion „**Pakete für die Zone**“. Die LA berichtet 1965 sogar von 150 Paketen. Am Gymnasium meldeten sich weiterhin jedes Jahr viele SchülerInnen für die Teilnahme an den jährlichen **Sammlungen des Müttergenesungswerkes und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge** (SchA, Ordner A II, 10, Rechenschaftsbericht 1960/61, S. 2; Protokoll der LK 6.12.1960; LA Nr. 2 1959, S. 7 und Nr. 17 1967, S. 21).

An die Tradition der schon vor rund 30 Jahren durchgeführten Fahrten der Abitur-Klasse **nach München** (Deutsches Museum usw.) wurde wieder angeknüpft. Hinzutrat eine zweitägige **Fahrt ins Elsass** (Rechenschaftsbericht 1960/61, S. 3).

1961/1963

Im Schuljahr 1961/62 lag die **Schülerzahl** zum ersten Mal **über 500**; eine Klasse wurde sogar dreizügig geführt (LA 5, 1961). Die Klassen fünf bis neun besuchten die **Bundeswehr** in Großengstingen (Die Lichte Au 6 1961, S. 26-27).

Eine Umfrage der seit 1961 herausgegebenen **Schülerzeitung** „Wir“ ermittelte 1963 die folgende **Lieblingslektüre** der Schüler: Stefan Zweig, Werner Bergengruen, Manfred Hausmann, Heinrich Böll und Edgar Wallace, auf der Unterstufe auch Karl May (LA 10 1963, S. 46).

5.4 1965-1972: Bildungsexpansion, Interesse an und Engagement für aktuelle politische Fragen, erster und zweiter Erweiterungsbau, Errichtung des Sportzentrums

1965

In den 50er-Jahren hatte die Schülerzahl mehr oder weniger stagniert; 1961 stieg sie erstmals auf über 500. Ab 1965 schnellte die Schülerzahl jahrelang sehr deutlich und stetig nach oben. 1972 besuchten erstmals über 1000 Schüler das Gymnasium. Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung versetzte Stadt und Land in die Lage, ein zunehmend breites, differenziertes Bildungsangebot zu finanzieren. Damit verlor das Gymnasium seinen einst elitären Charakter und es begann eine Aufgabe zu erfüllen, die bis dahin kritische Schulreformer der Gesamtschule zugeschrieben hatten: **mehr Bildung für mehr Kinder**. Auf die Schülerlisten des Gymnasiums verweisend, schrieb OStD Robert Wiedmann 1970: „Kinder aus allen Ständen und Schichten sind unsere Schüler.“ (LA 21, 1970, S. 5). Der Freiburger Historiker Thorsten Gass-Bolm spricht in seiner Darstellung „Das Gymnasium 1945-1980“ treffend von „**beschleunigter Modernisierung**“ des **Gymnasiums** (Siehe die Rezension von Heinz-Elmar Tenorth 2006, S. 303-305).

Mit dem 1965 fertiggestellten **ersten Erweiterungsbau** (8 Klassenzimmer und einige Nebenräume) standen den 21 Klassen des Gymnasiums, den 580 Schülerinnen und Schülern, 20 Klassenräume zur Verfügung.

Wie an fast allen Gymnasien in Südwürttemberg-Hohenzollern (Hans Pitsch: Bildungspolitische Zielsetzungen Bd. 1, S. 54) wurde auch am Gymnasium Hechingen eine eigene **Schülerzeitung** publiziert. Leider wurden diese wie die Abzeitungen nur sehr selten archiviert.

Im November bot das Gymnasium eine **religiöse Schulwoche** an, eine kooperative Veranstaltung der Schule und der beiden Kirchen mit Einbeziehung der Eltern. Täglich begann der Unterricht mit einem katholischen und evangelischen Gottesdienst (LA 15 1966, S. 19-24).

Politische Initiativen zur Expansion des Bildungswesens zielten auf die Ausschöpfung der Begaubungsreserven und auf mehr Chancengleichheit, z. B. für Mädchen. Die Notwendigkeit des Ausbaus der höheren Bildung und deren Modernisierung beschrieben 1964 Georg Picht in „Die deutsche Bildungskatastrophe“ und 1965 Ralf Dahrendorf in „Bildung ist Bürgerrecht“. Das weiterhin

einziges allgemeinbildende Gymnasium im Kreis folgte in den 60er und 70er Jahren dem allgemeinen Trend der **Bildungsexpansion**. Bezüglich des Selbstverständnisses der Lehrerinnen und Lehrer, der curricularen Strukturen und der innerschulischen Kommunikationsmuster verabschiedete sich auch das Gymnasium in Hechingen nach und nach von überkommenen Mustern und Strukturen. Das Gymnasium zeigte eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit an neue Erwartungen und Forderungen von Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft, ohne seine Leistungsfähigkeit einzubüßen und vermittelte weiterhin eine **solide Allgemeinbildung** und mit dem Abitur die **Studierfähigkeit**.

1966/67

An die Stelle der alten Turnhalle trat 1966 **das neue Sportzentrum** mit einer Gymnastikhalle, einer Turnhalle und einem Lehrschwimmbecken.

Am 9. Mai 1967 konnten die katholischen und evangelischen Schüler an einem religiösen Einkehrtag in Beuron bzw. Altensteig teilnehmen (LA 17 1967, S. 21). Im Dezember führte eine Theatergruppe des Gymnasiums ein Weihnachtspiel und Weihnachtsmusik in zwei Hechinger Kirchen, im Kreiskrankenhaus, in Jungingen und in Bodelshausen auf (LA 19 1968, S. 13). Diese und weitere Aktivitäten zeugen von einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der Schule und den beiden christlichen Kirchengemeinden, wie sie auch vor 1933 bestanden hatte (LA 19 1968, S. 14-15).

Am 5. Juni 1967 hatte der Sechstagekrieg mit einem Überraschungsangriff des bedrohten Staates Israel auf Ägypten begonnen. Er endete am 10. Juni mit einem Sieg Israels über Ägypten, Syrien und Jordanien. Der Nahostkonflikt kam aber einer friedlichen Lösung damit keinen Schritt näher, da die Arabische Liga das Existenzrecht Israels nicht anerkannte. In diesen Kontext gehört der von der Schule mitgetragene abendliche Schweigemarsch am 8. Juni von der Schule zum Kriegerdenkmal. Sein Motto lautete „**Friede für Israel – Friede für die Welt**“ (LA 17 1967, S. 23-24).

1968/69

Studentendemonstrationen in zahlreichen deutschen Universitätsstädten, Kritik an der Rolle der USA im Vietnamkrieg und an hergebrachten Konventionen, Normen und Werten von Staat und Gesellschaft charakterisierten diese Jahre. Hinzu kamen heftige Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze. Manche Gymnasien im Lande wurden mit ungewohnter Unruhe, schmerzhafter Verunsicherung und politisch bzw. gesellschaftskritisch begründeten „Betriebsstörungen“ durch radikale Schülergruppen und „ideologische Utopisten“ konfrontiert (Festschrift des Friedrich-List-Gymnasiums Reutlingen 1987, S. 96-98; siehe auch: Winfried Kretschmann: Abiturrede 1968).

Das Gymnasium Hechingen lag dabei lange eher im Windschatten. Die Schüler in Hechingen waren an Fragen der großen Politik nicht in dem Maße interessiert wie Schüler anderer Gymnasien und die meisten Schüler nahmen einen „Ohne-mich-Standpunkt“ gegenüber der Zeitgeschichte ein, hatte die Redaktion der Schülerzeitung 1965 geschrieben. Die Bildung eines „**Politischen**

Arbeitskreises für die Oberschulen“ (PAO) war erst mit Verzögerung im Oktober 1966 zu Stande gekommen (Die Lichte Au 13 1965, S. 24, Nr. 15 1966, S. 25 und Nr. 16 1966, S. 14). Die liberale Haltung des **Schulleiters Wiedmann**, „einer Persönlichkeit mit überlegener toleranter Haltung“ konnte eskalierende Konflikte am Gymnasium entschärfen bzw. vermeiden. Er verstand es, „auszugleichen und zusammenzuführen“ (Charakteristik von Regierungsschuldirektor Dr. Reiner, in: LA 21 1970, S. 11) und akzeptierte vernünftige, maßvolle Forderungen der SMV. Damit entsprach das Gymnasium Hechingen nun gar nicht den Vorstellungen der studentischen Protestbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition. Ein sensibler Umgang mit ungewohnten, Reformen einfordernden Anträgen der SMV begünstigte Kompromiss und Kooperation. So durfte eine Vertretung der Schüler am 8. März 1968 erstmals an einer Lehrerkonferenz teilnehmen, am 21. Mai 1968 fand ein **Podiumsgespräch** in der Aula über Ziel und Programm des gesellschaftskritischen, antikapitalistischen Unabhängigen Schülerbundes statt. In den Pfingstferien kamen am 31. Mai sogar dreißig Schüler und fünf Lehrer zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Landgerichtsrat Roth-Stielow über die umstrittene **Notstandsgesetzgebung** (Die Lichte Au 19, 1968, S. 13-14 und S. 20-21). Im April 1969 erschien nach längerer Zeit wieder eine Ausgabe der **Schülerzeitung „Wir“**, über die die LA anerkennend berichtete. Nach den Osterferien durften SchülerInnen ab 16 Jahre im Keller und auf dem Pausenhof **rauchen** (LA 20, September 1969, S. 15).

Am 10. Mai 1969 wurde bei der Gedenkfeier der deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche ein Gedenkstein zur Erinnerung an den Hechinger Hofmarschall und amerikanischen Armeereformer **Friedrich Wilhelm von Steuben** (1730-1794) vor der Villa Eugenia enthüllt, eine Fahnenabordnung der Bundeswehr in friderizianischen Uniformen trat auf und der stellvertretende Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa General David A. Burchinal und Fürst Friedrich Wilhelm von Preußen hielten eine Ansprache. Hier und anschließend vor dem Rathaus **demonstrierten Schüler mit Plakaten** „gegen Militarismus und falschen Traditionalismus“. SchülerInnen forderten im Unterricht bei meist jüngeren Lehrern mit Erfolg eine kritische Aussprache über den Einsatz amerikanischer Truppen in Vietnam (LA 20 1969, S. 15 und S. 88-89; vgl. „Das Schattendasein des Steuben-Gedenksteins, in: Hohenzollerische Zeitung vom 17.8. 2019 und „Vom Hechinger Hofmarschall zum Kämpfer gegen Briten“, in: Schwarzwälder Bote 18.8.2019). Am 9. Juni 1969 wurde zur **Podiumsdiskussion** des Politischen Arbeitskreises (PAO) neben einem Vertreter der CDU, SPD und FDP auch ein Vertreter der Splitterpartei „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) eingeladen, einer inhaltlich weitgehend kommunistisch geprägten Splitterpartei (LA 20 1969, S. 16). Wie 1968 fand 1969 zum Tag der Deutschen Einheit ein **Podiumsgespräch in der Aula** des Gymnasiums statt (LA 19 1968, S. 14 und Nr. 20 1969, S. 16). Trotz eines vielfältigen Angebots an politischen Diskussionsveranstaltungen war das Echo in der Schülerschaft meist eher gering, wie „Die Lichte Au“ vom September 1969 vermeldete. In der Abiturientenrede ist von „lauer Mehrheit“ die Rede (LA 20 1969, S. 5 und 79). Zwei „Aufrührer“ sprachen in einem in der Schülerzeitung

„Wir“ veröffentlichten Interview davon, dass das „Establishment“ jegliche Reformen verhindere, dass „den Schülern in der Schule das Rückgrat genommen“ werde und die SMV lediglich „eine Verschleierung der bestehenden Unterdrückung der Schüler“ sei (LA 20 1969, S. 80-81.). Nach und nach griff die Schulverwaltung jedoch Forderungen der SMV auf. 1976 wurde eine SMV-Verordnung veröffentlicht und 1994 konstituierte sich der erste Landeschülerbeirat (SMV-Aktuell 2003/2004, Thema 3, S. 21).

Im Unterschied zu den „wilden Jahren“ an manch anderem großen Gymnasium blieb es am Gymnasium Hechingen im Wesentlichen eher ruhig. Es fand zwar noch ein **Protestmarsch gegen das Zentralabitur** und den Numerus clausus statt. Ein Verbot der Schülerzeitungen war jedoch kein Thema (LA 22, 1971, S. 7; vgl. LA 21, 1970, S. 30; vgl. Wieland-Gymnasium Biberach 2014, S. 138-150; Festschrift 225 Jahre Fürstenberg-Gymnasium Donaueschingen 2003, S. 24-26). In der Abiturientenrede führte S. Schuler 1969 nüchtern aus: „Diese laue Mehrheit falle im Gegensatz zu einer kleinen radikalen Gruppe radikaler Demonstranten überhaupt nicht auf“ (LA 20, 1969, S. 5).

Welches Ausmaß Repressionen erreichen können, wenn Gewaltenteilung und freie Presse beseitigt sind, zeigt **ein Blick hinter den Eisernen Vorhang**. Exemplarisch sei die Erweiterte **Oberschule Auerbach im Vogtland (DDR)** herausgegriffen. Ihre Schulakten belegen, mit welchen Repressionsmaßnahmen der SED-Staat Schüler und Lehrer kontrollierte, maßregelte und hart bestrafte. In Auerbach hatten im Herbst 1969 drei Schüler einer 10. Klasse wegen eines Musikwunsches an den Rias-Sender in Westberlin geschrieben, was Lehrer der Oberschule nötigte, von „Enttäuschung, Erschütterung, Beschämung“ zu sprechen. Der Kreisschulrat warf den Schülern sogar die Aufnahme von Verbindungen zu einer verbrecherischen Organisation vor. Der Briefschreiber musste nach der 10. Klasse die Schule verlassen, die anderen erhielten auf dem Zeugnis für ihr Gesamtverhalten die Note vier. Lehrer wurden in der DDR – wie die Schulakten der Oberschule Auerbach zeigen - vom Schulleiter kontrolliert, ob sie an Gedenktagen flaggen, ob sie sozialistische Presseorgane abonnieren usw. Sie hatten der Schulleitung sogar zu melden, wann und wo sie ihren persönlichen Urlaub verbringen (100 Jahre Geschichte des Goethe-Gymnasiums Auerbach, S. 54-55).

1970/71

Vom Ende der 50er bis Anfang der 70er Jahre ermöglichten Familien von Schülern aus Hechingen und Umgebung einer großen Gruppe **französischer Schüler** im Juni/Juli einen mehrwöchigen Sprachaufenthalt. Deutschunterricht erhielten sie täglich am Gymnasium (LA 17, 1967, S. 23; LA 19, 1968, S. 14).

Bei den Wahlen zum örtlichen Personalrat und Hauptpersonalrat erreichte die **Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft** 1970 landesweit knapp 30%, der **Philologenverband** konnte eine Zweidrittelmehrheit verteidigen (Gass-Bolm 2005, S. 358).

Nach 17-jähriger Schulleitertätigkeit wurde im September 1971 OStD Robert Wiedmann in den Ruhestand verabschiedet. Was ihm die Schule bedeutete, hat er in einem Beitrag in der Nr. 1 der Jahresschrift „Die Lichte Au“ vom Juli 1958 wie folgt beschrieben: „Die Schule ist gewissermaßen ein Staat im Kleinen und kann auf Gesetz und Ordnung, **Autorität und Gehorsam** nicht verzichten. . . Was uns als (nicht unrealistisches) Ideal vorschwebt . . . ist eine Schule, die durch freiwilligen Fleiß, **zwanglose Disziplin und eine Atmosphäre der Menschlichkeit** gekennzeichnet ist.“ (Siehe auch LA 21, 1970, S. 8) Bei der Verabschiedung von Robert Wiedmann würdigten zahlreiche Redner dessen Toleranz, Menschlichkeit, Kollegialität und Werteorientierung und dankten für sein außerschulisches Engagement, u. a. im Verwaltungsrat des Südwestfunks. Zum neuen Schulleiter wurde **Oberstudiendirektor Dr. Ernst Günter** ernannt, zu seinem Stellvertreter StD Klemens Oehler.

Bei der offiziellen Kontaktaufnahme der Stadt Hechingen mit Joué-lès-Tours in der Touraine vertraten das Gymnasium im Herbst 1971 der neue Schulleiter OStD Dr. Ernst Günter und StD Hans Welte von der Fachschaft Deutsch /Französisch (Die Lichte Au 26 1975, S. 26).

Von den 941 SchülerInnen hatten sieben eine ausländische Staatsangehörigkeit: drei kamen aus Jugoslawien, zwei aus Ungarn und je einer aus Österreich und Frankreich (SchA, Ordner E 19, Erhebungsbogen 1971).

1972

Vorläufer der 1973 geschlossenen **Städtepartnerschaft** zwischen Joué-lès-Tours und Hechingen war die im Schuljahr 1971/72 geknüpfte **Schulpartnerschaft** zwischen dem Gymnasium in Hechingen und dem Collège „La Rabière“ in **Joué-lès-Tours**. Am ersten vierzehntägigen Austauschprogramm im März bzw. Juli 1972 nahmen über 20 deutsche bzw. französische SchülerInnen teil (Die Lichte Au Nr. 23 1972, S. 27).

Am 24. November 1972 erfolgte die **Einweihung des zweiten Erweiterungsbaus** mit der Aufführung des Theaterstücks „Leonce und Lena“ von Georg Büchner. Die Schule verfügte nun über 18 neue Klassenzimmer und weitere Räume. Die Kosten für ein astronomisches Fernrohr und den Pausenhof-Brunnen von Roland Martin hatte die Vereinigung der Ehemaligen übernommen (LA 24, 1973, S. 7).

Die **Raucherecke** wurde beibehalten. Gleichzeitig sollten die Biologielehrer Aufklärungsarbeit leisten (Protokoll der LK 13.6.1972; vgl. LK-Beschluss vom 6.12.1960). Der Antrag für die Einführung der **Fünftageswoche** fand in der Gesamtkonferenz keine Mehrheit. Die kritische Schülerzeitung „Action“ wurde mit der Realschule herausgegeben (LA 23, 1972, S. 27; LA 24, 1973, S. 24-25). Den Schülerinnen und Schülern stand ab 1972 pro Monat eine „**Verfügungsstunde**“ zu. Ihr „**Schwarzes Brett**“ nannte die „Die Lichte Au“ eine „Meckerecke“. Die älteren Schüler durften im Keller, im „Bunker“, eine „Disco“ einrichten, die ihnen für „Tanzabende“ am Samstagabend und Sonntagnachmittag zur Verfügung stand (LA 23 1972, S. 11; LA 24, 1973, S. 24-25).

5.5 1973-2012: Ausbau der Schulpartnerschaften, Oberstufenreform ab 1977/78, neuer Bildungsplan und G8 ab 2004, Rückblick und Ausblick

1973-1976

Der Verwaltungsbericht der Stadt vermeldete 1973 mit 1.068 Schülern in 37 Klassen und 58 Lehrkräften einen neuen Höchststand. Der Anstieg war ein Erfolg der „Bildungsoffensive“ der 60er-Jahre. Am 1. Januar 1973 übernahm die **Stadt Hechingen** die **Schulträgerschaft** des seit 1888 staatlichen Gymnasiums. Noch heute erinnert über dem Eingangportal des Gymnasiums unter den Fittichen des Preußenadlers die Inschrift „Staatl. Gymnasium“ an vergangene Zeiten. Mehrere Konferenzen und Elternabende beschäftigten sich seit 1973 mit der geplanten Einführung der **Oberstufenreform**, die auf eine Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972 zurückgeht.

Die Ansprachen von OStD Dr. Günter bei der Verabschiedung der Abiturienten standen in der Tradition seines Vorgängers. Sensibel für neue bildungspolitische und gesellschaftliche Entwicklungen und politische Kontroversen der 70er und 80er Jahre trug Dr. Günter seine Lesefrüchte und Reflexionen vor. Am 28. Juni 1975 wies er in seiner Ansprache auf den Zusammenhang von notwendiger Kritik einerseits und Loyalität und Identifikation andererseits hin und kritisierte überzogene Kritik am deutschen Justiz- und Erziehungswesen. Er brach eine Lanze für die parlamentarische Demokratie, die Freiheit des Individuums und eine humane Gesellschaft. Er bezog sich auch auf die Publikation „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome. Abschließend verband er die Vergangenheit/Tradition mit der Zukunft/Vision und sprach in diesem Zusammenhang von einem „langsamen und langwierigen „Optimierungsprozess“. Argumente entnahm er dem öffentlich geführten Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Prof. Karl Steinbuch Anfang der 70er-Jahre (LA 26, 1975, S. 6-10; siehe auch die Ansprache von 1977, in: LA 27, 1977, S. 4-7).

Um weiteren SchülerInnen eine Teilnahme am Schüleraustausch mit Joué-lès-Tours anbieten zu können, stimmte das Hechinger Kollegium 1975 fast einstimmig der zweiten Schulpartnerschaft mit dem **Collège „Arche du Lude“** in Joué-lès-Tours zu (Protokoll der GLK 22.4.1975). Die Zahl der teilnehmenden Schüler war inzwischen auf über 40 gestiegen (LA 26 1975, S. 24-25).

In den Sommerferien 1976 fuhr zum ersten Mal eine große Schülergruppe unter Leitung des Englischlehrers Gerhard Henzler zu einem längeren Sprachaufenthalt nach **Penzance in Cornwall**. Später fand das Penzance-Feriersprachprojekt in Kooperation mit dem Gymnasium Balingen statt.

1977-1983

Das Land Baden-Württemberg führte mit Beginn des Schuljahrs 1977/78 die von den westdeutschen Kultusministern 1972 beschlossene **Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe** flächendeckend ein. Am Gymnasium Hechingen hatten sich seit Herbst 1973 mehrere Elternabende mit der vorzeitigen Einführung der Oberstufenreform beschäftigt. Dabei hatten Bedenken überwogen und die Schulleitung akzeptierte den Elternwunsch. Seit 1974 wurde mindestens ein Fachlehrer

pro Schule in regionalen Fortbildungsveranstaltungen auf die neuen Lehrpläne im Kurssystem in den Klassen 12 und 13 vorbereitet. Schulleiter und Oberstufenberater machten sich auf Schulleiter- bzw. Akademietagungen mit den Fragen der neu gestalteten Oberstufe vertraut. Die reformierte Oberstufe brachte mit dem **Kurssystem** ab Klassenstufe 12 das bislang unbekannte Angebot, **individuelle Schwerpunkte** nach Begabung und/oder Interesse zu setzen. Die Kriterien für die individuelle Kursauswahl waren großzügig.

Die **Gesamtschülerzahl** war in den zwanzig Jahren von 1961 bis 1981 von etwa 500 auf **1 282**, also um mehr als das Doppelte, angestiegen. Der Anteil der Mädchen war stetig von einem guten Drittel auf nahezu die Hälfte gewachsen (75 Jahre Gymnasium Hechingen 1984, S. 105-110). Mit großer Mehrheit beschloss 1983 die Gesamtlehrerkonferenz, die Raucherecke vorläufig beizubehalten, Verstöße aber strenger zu maßregeln (Protokoll der GLK vom 5.11.1983).

1984-1886

Als sich 1980 nur noch jeder sechste baden-württembergische Schüler für Deutsch als Leistungskurs entschied und nur noch jeder vierte einen Mathematik-Kurs belegte, veranlasste das Kultusministerium in Stuttgart eine Überarbeitung der Oberstufenreform in die Richtung mehr Allgemeinbildung. Im Juli 1984 erhielten die Gymnasien des Landes die neuen Lehrpläne und den verbindlichen **Bildungsplan Gymnasium I**. Dieser sah vor, dass alle Abiturienten wieder **durchgängig Kurse in Deutsch und Mathematik sowie in einer fortgeführten Fremdsprache** und in vier weiteren Fächern (Naturwissenschaft, Geschichte, Religion, Sport) belegen müssen. Mathematik wurde zu einem verbindlichen Prüfungsfach.

Mit großer Mehrheit und ohne Gegenstimme sprach sich das Kollegium für eine neue Schulpartnerschaft und einen jährlichen Schüleraustausch mit dem **Collège „La Vallée Violette“ in Joué** aus. Mit diesem dritten Collège stand der breite Schüleraustausch lange auf sicheren Beinen (Protokollbuch der GLK 4.7.1984). Leider ging nach der Jahrtausendwende das Interesse am Erlernen der deutschen Sprache und am Partneraustausch an den drei französischen Partnerschulen zurück. Nach dem Ausscheiden von Partnerschulen in Joué-lès-Tours gelang es dem Gymnasium Hechingen jedoch, vorübergehend in Tours und auf Dauer in Blotzheim/Zillisheim im Elsass weitere Partner zu finden.

Von 1986 bis 1998 leitete OStD **Reinhard Gartner** das Gymnasium (Siehe ein persönliches Interview mit R. Gartner, in: HHB, Na 1004, Jahrbuch Nr. 1 des Gymnasiums Hechingen 1987).

1986 wurde eine **Schulpartnerschaft mit einer amerikanischen High School** in Seattle im Staat Washington geschlossen und im folgenden Jahr konnten erstmals 17 Hechinger Schüler, begleitet von der engagierten Englischlehrerin Erika Paulsen, den Schulalltag an der Issaquah High School sowie Land und Leute kennenlernen. Dieses vierwöchige GAPP-Projekt findet inzwischen mit einer anderen High School bei Seattle immer noch interessierte Begleitlehrer*innen und Schüler*innen.

1990-1998

Vor allem dem tatkräftigen Einsatz der Deutschlehrerin Margarete Neuscheler di Ninivaggi ist es zu verdanken, dass 1990 mit einem **polnischen Gymnasium in Plonsk** ein Schüleraustausch starten konnte, den auch noch 30 Jahre später alle Beteiligten mit Leben erfüllen.

1991 vereinbarten das Gymnasium Hechingen und das IES Manuel de Montsuar in **Lleida / Katalonien** eine **Schulpartnerschaft**. Im Schuljahr 1991/92 organisierten die einsatzfreudige Spanisch-Lehrerin Erika Paulsen und die spanische Deutschlehrerin Rosa Sol Pla den ersten bis heute lebendigen Schüleraustausch. 1998 wurde das Projekt in das **Sokrates-Comenius-Programm** aufgenommen und erhält seitdem Fördergelder von der EU. Weitere Informationen über die Entwicklung unserer Schulpartnerschaften und das Engagement zahlreicher Kollegen sind in der Festschrift von 2009 und auf der Schulhomepage (2019) nachzulesen.

Ende 1996 wurde am Gymnasium ein **Förderverein** gegründet. Erster Vorsitzender war Winfried Rulof. Der Verein hat sich als Ziel gesetzt, das Gymnasium in Bildungs- und Erziehungsaufgaben ideell und finanziell zu unterstützen und zu fördern. Der Verein wuchs auf 300 Mitglieder und hat bisher eine Vielzahl von Projekten, und Veranstaltungen mit Erfolg angestoßen und finanziert.

1998 wurden **OStD Bernhard Märkle** zum neuen Schulleiter und StD Josef Beck zu seinem Stellvertreter ernannt.

2004

Mit Beginn des Schuljahres 2004/2005 trat der **Bildungsplan 2004** in Kraft und damit wurde **landesweit** für alle Schüler, die in die 5. Klasse des Gymnasiums eintraten, das **achtjährige Gymnasium (G8)** eingeführt.

Der Bildungsplan bedeutete einen Paradigmenwechsel. Er nennt nicht nur den „Input“, die Inhalte, sondern auch den „Output“, die zu erwerbenden Kompetenzen. Zudem räumte er den einzelnen Schulen einen beachtlichen Freiraum durch die Einführung des **Schulcurriculums** ein. In Hechingen begannen die SchülerInnen in Klasse fünf mit zwei Sprachen, mit Englisch als erster und mit Französisch oder Latein als zweiter Fremdsprache. Von Klasse fünf bis sieben waren für alle SchülerInnen die gleichen Fächer und Stundenzahlen verbindlich. Ab Klasse 8 konnten die Schüler entsprechend ihrer Begabung und Neigung das **sprachliche Profil mit Spanisch** als 3.

Fremdsprache **oder das naturwissenschaftliche Profil** mit dem Fach Naturwissenschaft und Technik wählen. Die damit gewählten Kernfächer Spanisch bzw. Naturwissenschaft und Technik wurden in den Klassen acht bis zehn jeweils vierstündig unterrichtet. In der Kursstufe, also in den Jahrgangsstufen 11 und 12, konnten alle Schülerinnen und Schüler ihre Fächer im Rahmen der Belegungspflicht frei wählen. Schüler aus dem sprachlichen Profil konnten sich auch für einen naturwissenschaftlichen Schwerpunkt entscheiden. Der neue Bildungsplan verwies zudem auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Selbständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit und Medienkompetenz.

2007-2012

Das **Landesnichtraucherschutzgesetz** vom 25. Juli 2007 bestimmte, dass in Schulgebäuden und auf dem Schulgelände sowie bei Schulveranstaltungen das Rauchen untersagt ist. Abweichend davon kann die Gesamtlehrerkonferenz mit Zustimmung der Schulkonferenz und nach Anhörung des Elternbeirats und der Schülermitverantwortung für volljährige Schüler sowie für dort tätige Lehrkräfte Raucherzonen außerhalb von Schulgebäuden im Außenbereich des Schulgeländes jeweils für ein Schuljahr zulassen.

Zur stellvertretenden Schulleiterin wurde 2007 LiA **Beate Widmaier** und zum Schulleiter 2008 OStD **Gerhard Kuhle** ernannt.

Die Schule feierte 2009 das Jubiläum „**100 Jahre Gymnasium Hechingen**“ mit einer Festveranstaltung im Museum und der Herausgabe einer lesenswerten Festschrift. Versetzt man sich 50 Jahre zurück, so nimmt man schlagartig die Expansion des Bildungswesens und die ungeahnte Zunahme der Bildungsangebote in Hechingen wahr: 1959 hatte Hechingen nur eine einzige höhere Schule, das Gymnasium, wo Schülerinnen und Schüler das Zeugnis der mittleren Reife und das Reifezeugnis erwerben konnten. Die Realschule Hechingen wurde erst Anfang der 60er Jahre gegründet, das Wirtschaftsgymnasium folgte ab 1973. Weitere Bildungsangebote in Stadt und Kreis folgten. Die Lern- und Lehrkultur wurden konsequent weiterentwickelt. Auch im internationalen Vergleich hat das Gymnasium in Deutschland seine Bewährungsprobe bestanden. So weist Frankreich trotz gemeinsamen Lernens aller Schüler im „Collège“ unter den reicheren Nationen eine sehr hohe „Bildungsungerechtigkeit“ auf, und in Deutschland ist die Chancenungerechtigkeit nicht größer als in England und Finnland oder den USA, alles Länder mit einer gemeinsamen Sekundarstufe für alle Schüler (Helmut Fend, Bildungsgerechtigkeit - eine Illusion? 2018, S. 24-26).

Die GLK-Konferenz und die Schulkonferenz von 2009/ 2012 verabschiedeten eine neue **Schulordnung** mit dem zentralen Satz: Es „wird vorausgesetzt, dass . . . im schulischen Zusammenleben gegenseitige **Rücksichtnahme, Höflichkeit, die Einhaltung demokratischer Spielregeln und die Anwendung des gesunden Menschenverstandes** grundlegend sind.“

2011/12

Im Januar 2011 ging die **Lichtenhalle**, eine moderne Dreifeldhalle, in Betrieb. Sie verfügt über knapp 200 Tribünen- und Sitzplätze und eine Kletterwand.

Im Jahr 2012 machten der letzte G9- und **der erste G8-Jahrgang die Reifeprüfung**. Ab dem Schuljahr 2012/13 wird die zweite Fremdsprache Französisch bzw. Latein erst ab Klasse 6 unterrichtet.

Der Hechinger Gemeinderat schloss sich dem Wunsch der großen Mehrheit der betroffenen Grundschulleitern und dem Votum der GLK des Gymnasiums an, die Wiedereinführung eines G9-Zuges als Ergänzung des G8 zu beantragen. Der Vorstoß blieb jedoch ohne Erfolg, da das Kul-

tusministerium im Zollernalbkreis nicht das Gymnasium Hechingen, sondern das Gymnasium Ebingen in die Liste der G9-Modellschulen aufnahm.

Das Schülercafé wurde zu einer geräumigen **Mensa** umgebaut und im April eingeweiht.

Die Einführung der **Ganztageschule in offener Angebotsform** wird durch ein breit gefächertes AG- und Betreuungsangebot begleitet. Das pädagogische Netz des Gymnasiums Hechingen umfasst u. a. Klassenlehrerteams, Beratungslehrer/innen, pädagogische Koordinatoren, das Programm „Mobbingfreie Schule“, das Mediatoren- und Jugendbegleiter-Programm, einen pädagogischen Arbeitskreis, die Hausaufgabenbetreuung und den Schulsanitätsdienst. Im Juni 2012 erhielt das Gymnasium eine halbe Schulsozialarbeitsstelle. Dadurch gehört **Schulsozialarbeit** zum Alltag des Schullebens.

2012 besuchten in Hechingen 690 SchülerInnen das Gymnasium der Normalform, 286 SchülerInnen das Wirtschafts- und 179 SchülerInnen das sozialwissenschaftliche Gymnasium (Verwaltungsbericht der Stadt Hechingen 2012).

Die Schulleiter des Gymnasiums:

StD Friedrich **Seitz** 1909-1926, StD Dr. Eduard **Gfrörer** 1926-1931,

OStD Dr. Johann August **Schmitt** 1931-1945, OStD Dr. Josef **Fischer** 1945-1952,

OStD Dr. Johann August **Schmitt** 1952-1954, OStD Robert **Wiedmann** 1954-1971,

OStD Dr. Ernst **Günter** 1971-1986, OStD Reinhard **Gartner** 1986-1998,

OStD Bernhard **Märkle** 1998-2009, OStD Gerhard **Kuhle** 2009-2017,

Schulleiterin: OSD'in Melanie **Dreher** 2017-

5.6 Rückblick und Ausblick

Blicken wir etwa hundert Jahre zurück in das Schuljahr 1911/12, so zeigt das Gymnasium eine beachtliche **innere Reformfähigkeit** und **Anpassungsfähigkeit an den gesellschaftlichen Wandel**. Im Jahr 1912 hatten am Reformrealgymnasium Hechingen alle Schüler als zweite Sprache Latein zu lernen, in der 7. und 8. Klasse sogar acht Stunden pro Woche. Die Schüler trugen stolz ihre bunten Klassenmützen. Wie vorgeschrieben wohnten die 15 Lehrer am Ort. Bis auf eine Ausnahme waren sie alle katholisch. Die einzige höhere Schule am Ort war überschaubar: Die 15 Lehrer unterrichteten 159 Schüler, von denen 132 katholisch, 24 evangelisch und 3 jüdisch waren. 138 kamen aus dem Königreich Preußen und 21 aus dem nicht-preußischen Reichsgebiet. Ausländer oder Schüler mit Migrationshintergrund besuchten die Schule nicht (JB Hechingen 1912). Mädchen durfte das Gymnasium erstmals 1919 aufnehmen.

Heute, im Jahr 2019, liegt der Anteil der Mädchen sogar stabil über dem der Jungen. Das Bildungsangebot des Gymnasiums ist heute deutlich breiter als früher. Inzwischen können Schülerinnen und Schüler in Hechingen entsprechend ihrer Begabung und ihrem Interesse zwischen drei Gymnasien wählen und einen Abschluss am Gymnasium der Normalform, am Wirtschafts- oder am sozialwissenschaftlichen Gymnasium machen.

Als 1912 die ersten Abiturienten das Gymnasium mit dem „Reifezeugnis“ verließen, war die Schule noch nicht an das Stromnetz angeschlossen, besaß für den Unterricht noch kein Radio, keinen Plattenspieler oder Vervielfältigungsapparat, geschweige denn mehrere Filmgeräte, Beamer oder Computer mit Internetanschluss. Das Bildungsziel war jedoch dasselbe wie heute: eine solide Allgemeinbildung und die Hochschulreife.

Der **Bildungsplan für das Gymnasium von 2016** zeigt, dass sich das Erziehungs- und Bildungswesen in Baden-Württemberg neuen Herausforderungen stellt.

In Anbetracht weltweiter ungelöster Konflikte, nationalistischer oder antidemokratischer Strömungen selbst in der EU und der Gefahren des Klimawandels weisen die **Leitperspektiven** im Lehrkräftebegleitheft des neuen Bildungsplans auf die Bedeutung der „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ und der „Medienbildung“ hin. Vernetztes und nachhaltiges Lernen in den Bereichen „Friedenserziehung“ und „Demokratieerziehung“ wird eingefordert.

Wie in früheren Bildungsplänen findet man hier unter den „basalen Kulturwerkzeugen“ die Beherrschung der Verkehrssprache in Wort und Schrift „auf einem kompetenten Niveau“, die mathematische Modellierungsfähigkeit und die fremdsprachliche Kompetenz. Neu aufgenommen ist die „IT-Kompetenz“.

In der alphabetischen Liste der Fächer des Gymnasiums werden an erster und letzter Stelle die Fächer „alevitische Religionslehre“ und „Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung“ genannt. Mit der verbindlichen Umsetzung des Bildungsplans begannen am Gymnasium der Normalform die Klassen fünf und sechs im Schuljahr 2016/17. Die 12. Klasse (G8) unseres Gymnasiums wird erst im Schuljahr **2022/23** an der Reihe sein (http://www.bildungsplaene-bw.de/bildungsplan,Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/Inkrafttreten, eingesehen 10.10.2019).

Auf Grund der Empfehlung der Kultusministerkonferenz im Oktober 2018 wird allen Schülerinnen und Schülern während ihrer Schullaufbahn ein Exemplar des Grundgesetzes überreicht, eine Entscheidung, die die Mütter und Väter der Weimarer Verfassung auch schon **1919** getroffen haben.